

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

29 (26.1.1906) Badischer Landtag. 14. öffentliche Sitzung der Zweiten
Kammer

Karlsruher Zeitung.

N. 29.

Freitag, 26. Januar

1906.

Badischer Landtag.

14. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Donnerstag, den 25. Januar 1906.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Angaben. Sodann

1. Beratung der mündlichen Berichte der Wahlprüfungskommission über die Abgeordnetenwahlen
 - a. im 8. Wahlkreis (Wonnort-Waldshut). Berichterstatter: Abg. Dr. W i n z — Fortsetzung —;
 - b. im 51. Wahlkreis (Stadt Bruchsal). Berichterstatter: Abg. G e n n i g.

2. Beantwortung der Interpellation der Abgg. Wechtold und Gen., die Fleischsteuerung betreffend — Drucksache Nr. 21. —

Am Regierungstisch: Minister des Innern Dr. S c h e n k e l und Geh. Oberregierungsrat Dr. G l o c k n e r.

Präsident Dr. W i l k e n s eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 40 Minuten.

Es werden folgende Einläufe verlesen:

1. Bitte des Karl Feiler in Mannheim um Rechtshilfe.
2. Urlaubsgesuch des Abg. G i e r i c h.
3. Schreiben des Staatsministeriums, wonach die Regierung bereit ist, die Interpellation der Abgg. Obkircher und Gen., betr. die Wahlbeeinflussung durch die Geistlichkeit, zu beantworten.

Ziffer 1 wird der Petitionskommission überwiesen.

Zu Punkt 1 a der Tagesordnung erhält zunächst das Wort:

Abg. R e b m a n n: Die Kommission, die den vorliegenden Fall geprüft hat, hat aus dem großen Material zwei Punkte ausgeschieden. Der eine betrifft die Vorgänge auf dem Randenhof, und der andere betrifft die Vorgänge in Gündelwangen.

Was die Vorgänge auf dem Randenhof anbelangt, so bin ich durchaus geneigt, mich den Anschauungen der Herren Behnter und Muser anzuschließen, in dem Sinne, daß wir diese Vorgänge in durchaus liberalem Sinne ansehen und beurteilen, sie also als Gegenstand einer ernsthaften Wahlanfechtung nicht ansehen. Es ist ja zweifellos dem strengen Wortlaut des Gesetzes nicht Genüge geschehen. Die Ankündigung hat zweifellos nicht in der ortsüblichen Weise stattgefunden und der Polizei-

diener hat seine Pflicht und Schuldigkeit nicht erfüllt. Die Wähler haben aber den Tag der Wahl gefannt. Der Zweck der Vorschrift ist also erfüllt: die Wahl ist, wenn auch nicht durch den Ortsdiener, so doch durch die Zeitung bekannt gemacht worden. Wenn nun diese Wähler erklären, daß ihnen diese Art der Bekanntmachung genüge, gerade so wie sie uns Städtern ja auch genügen muß, so werden wir sie doch nicht etwa auf jene tiefere Kulturstufe hinunterdrücken wollen, auf der das Lesen von Zeitungen noch nicht bekannt ist, und wird man diese Art der Bekanntmachung als eine „ortsübliche“ ansehen können.

Ganz anders liegen die Dinge hinsichtlich der Vorgänge in Gündelwangen. Und da hat nun der Sprecher des Zentrums, der Abg. Behnter, seine Materie in drei Teile geteilt: einen ersten Teil, der sich bezieht auf die eiblich festgestellten Einvernahmen durch den Wahlkommissar; einen zweiten Teil, der handelt von dem Brief des Pfarrers Gaisert — und einen dritten Teil, der von den Einvernehmungen handelt, die der Staatsanwalt in der Voruntersuchung in unbeeidigter Form vorgenommen hat. Er hat Teil auf Teil zu erledigen gesucht, vor allem hinsichtlich des Materials, das in dem ersten Teil niedergelegt ist, daß also der Wahlkommissar geliefert hat, erklärt, daß es einen tragfähigen Beweis für die Kassation der Wahl nicht liefere und zwar hat er die Gründe dazu genommen aus dem Recht, das jedem Staatsbürger, jedem Wahlinteressenten zustehet, seinen Einfluß auf die ihm zugängigen Wähler in der ihm gutdünkenden Weise auszuüben. Es ist dies ein Standpunkt, über den sich reden läßt. Wir sind selbstverständlich die allerersten, wenn es gilt, die Rechte eines Bürgers hinsichtlich der Freiheit der freien Betätigung seiner politischen Ueberzeugung zu wahren. Aber es ist doch etwas ganz anderes, ob der Einzelne sein Wahlrecht in irgend einer Form ausübt, solange nur diese Form sich innerhalb der Schranken des Gesetzes hält — und es ist wieder ein ganz ander Ding, wenn ein ganzer Stand, wie hier der gesamte Klerus in die politische Arena hineintritt und zwar wie man annehmen muß, nicht etwa hineintritt aus allgemeiner Ueberzeugung, sondern gedrängt von seinen Oberen, von seinen geistlichen Vorgesetzten. Man muß hier das politische Moment und das rechtliche Moment recht scharf auseinander halten. Da wir aber Gelegenheit haben werden, anlässlich der Interpellation, deren Behandlung bedorft, über diese Dinge ausführlich zu reden, so werde ich versuchen, mich heute durchaus auf

den vorliegenden Fall zu beschränken, um weitergehende Gesichtspunkte zurückzudrängen.

Wenn nun ausgesprochen worden ist, daß es ein Verlust an der politischen Arbeit des Volkes überhaupt sei, wenn etwa durch den Ausschluß der Geistlichen eine sehr wesentliche Zahl gebildeter Männer von der politischen Arbeit weggedrängt werde, so stimme ich dem durchaus bei. Ich meine aber, daß das nicht so ganz ohne ein wenig politischen Eigennutz gesagt worden ist, denn, wenn wir die katholischen Geistlichen ausschneiden, was bleibt dann überhaupt der anderen Seite des Hauses noch übrig? Das Bild, das die andere Seite des Hauses uns bietet, ist ein schiefes Bild. Es sitzen ja hier unter den 28 Herren vier Kleriker; wenn man aber die geistigen Kräfte in Betracht zieht, welche in der Zentrumsparthei tätig sind, so müßte eigentlich das Zahlenverhältnis umgekehrt sein. (Abg. Fröhlich: Sehr richtig.) Ich bin aber durchaus der Meinung, daß man die gebildeten Elemente dem Volk auch in der politischen Arbeit durchaus erhalten muß.

Es ist dann ja auch die Rede gewesen von den Oberamtännern — diesen unglückseligen Oberamtännern! Nun meine ich, daß deren Einfluß doch wesentlich überschätzt und auch übertrieben wird. Man darf durchaus nicht denken, wie es manchmal erscheint, daß der Amtmann der Herrgott in seinem Bezirk wäre, im Gegenteil, er hat ja viele Dinge zu tun, die dem gemeinen Mann außerordentlich unangenehm sind und wir haben gestern einen Ton gehört, der die Grundstimmung nach dieser Richtung hin ganz anders kennzeichnet. Wir haben gestern gehört, wie ein Mann erklärt hat, jetzt gehe ich gleich zur Wahl, nur damit keiner vom Amt gewählt wird. Wir müssen uns ferner sagen, daß auch sie gerade so wie jeder von uns, der sich an den öffentlichen Angelegenheiten beteiligt, unter einer außerordentlich scharfen, genauen und peinlichen Ueberwachung stehen. Was ist nun gegen den Herrn Oberamtmann in Donaueschingen herausgekommen? Eigentlich so gut wie gar nichts! Und doch hat man sogar seinen Sohn in die Sache hereingezogen! Die badische Regierung kann stolz darauf sein, daß nicht mehr gegen ihre Oberamtänner herausgekommen ist.

Ich muß dem widersprechen, daß der Herr Kollege Behner seinen Stoff in drei Teile geteilt und den einen als nicht tragfähiges Material erklärt, den andern gänzlich ausgegliedert, und von dem dritten erklärt hat, non liquet, die Sache ist noch nicht erledigt, so lange die Zeugen nicht beeidigt sind. Das ist eine falsche Auffassung. Das Material darf nicht zerrissen werden, denn wir haben hier einen Fall von solcher Bändigkeit und Geschlossenheit, der von Anfang an bis zu Ende so einheitlich verlaufen ist, in dem sich so konsequent jedes Glied an das andere anschließt, daß man durchaus nicht den Stoff teilen und jedes Glied für sich beurteilen kann. Wenn man auch hinsichtlich des ersten Teils der beeidigten Aussagen vielleicht noch schwankend sein könnte, so kann man es nicht mehr bezüglich derjenigen Aussagen, die vor dem Staatsanwalt gemacht worden sind. Dort stehen diejenigen Dinge darin, die uns anstößig sind, von denen auch Herr Behner gesagt hat, daß, wenn sie wahr wären, sie einen Kassationsgrund abgeben würden. Nun ist die Frage, ob wir sie jetzt für wahr halten können oder nicht. Es hat aber kein Mensch die Glaubwürdigkeit der Zeugen bezweifelt, die ausgesagt haben, daß der Pfarrer von Gündelwangen mehreren gesagt habe: „Wer mit mir in den Himmel will, muß auch mit mir wählen.“ Der Pfarrer selbst hat die Aussagen nicht in Zweifel gezogen, er hat sie nicht abgeleugnet, sondern nur das jedem Juristen bekannte Wort gebraucht: „Ich er-

innere mich nicht.“ Ja, er hat noch viel mehr getan, er hat gesagt: „Und wenn ich das gesagt hätte, was hätte ich dann damit getan?“ Er hat damit die Sache für uns vollständig zugegeben, und, was noch viel schlimmer ist, er hat sein Verhalten noch zu rechtfertigen versucht. Nach meiner Ueberzeugung hätte der Mann, wenn er ein gutes Gewissen gehabt hätte, hinsehen und sagen müssen: „Ich habe es nicht getan und kann es nicht getan haben, denn solche blasphemische Aeußerungen halte ich für unmöglich in dem Munde eines Priesters.“ (Zuruf: Sehr richtig!) Er hat das aber nicht gesagt, sondern er hat gesagt: „Ich bin mir nicht bewußt, etwas unrechtes getan zu haben.“ Damit ist für uns die Kette geschlossen, bündig und lückenlos geschlossen. Der Mann hat nicht nur seine Aeußerungen implizite zugegeben, sondern er hat vor allem den Sinn und den Geist seiner Aeußerungen durchaus bestätigt und die volle Verantwortung dafür übernommen. Eine weitere Zeugenbeeidigung scheint mir bei dieser Sachlage nicht notwendig, und darum empfehle ich den Antrag der Kommission auf Kassation der Wahl rundweg anzunehmen. Denn nach Sachlage verlangt der ganze Verlauf der Sache, die innere Gerechtigkeit eine runde und glatte Erledigung der Sache im Interesse des Ansehens der Kammer, auch im Interesse des Standes der Geistlichen, der in hohem Grade bei der Sache beteiligt ist.

Nun ist gestern noch die Frage aufgeworfen worden wie verteilt sich hier die Schuld auf den Einzelnen und wie auf das System, dem der Einzelne gebietet hat? Der Herr Abg. Muser hat diese Frage insofern beantwortet, als er gesagt hat: Das ist ein Erzeugnis des ganzen politischen Systems, der politischen Tätigkeit der Geistlichen, der Verquickung von Religion und Politik. Ich möchte hier den Fall etwas enger fassen und fragen: Inwiefern ist die Person des Pfarrers Gaisert ein Erzeugnis seiner Erziehung, ein Erzeugnis seiner Umgebung? Wie weit trifft ihn die persönliche Schuld und wie weit nicht?

Nun, der Herr Pfarrer Gaisert hat ja, ich darf das wohl annehmen, die bei uns übliche Erziehung des Klerikers genossen. Er wird ein kleines Bauernbuben gewesen sein draußen auf dem Lande, der von seinem Pfarrer wegen seiner mehr oder minder großen Begabung für befähigt gehalten worden ist, für den geistlichen Stand vorbereitet zu werden. Er wird dann hineingekommen sein in das Knabenseminar und die übliche Laufbahn durchgemacht haben. Es hat somit bei ihm, wie bei vielen seiner Standesgenossen, die übliche Abtapselung von der übrigen menschlichen Gesellschaft in sehr frühem Alter begonnen und wurde jedenfalls fortgesetzt über alle diejenigen Jahre hinaus, die entscheidend sind für den gesamten geistigen und sittlichen Aufbau des Menschen. Er ist ferngehalten worden von dem Verkehr mit seinen Altersgenossen, er hat also jene erziehenden Einflüsse entbehren müssen, die in früher Jugend auf den Menschen einwirken. Man hat ihn aber auf der anderen Seite erfüllt mit einem außerordentlichen Maß von Bewußtsein von der Würde und dem Gewicht seines künftigen Amtes, einem Bewußtsein, das den ganzen Menschen durchdringt und entschädigen muß für einen großen Teil der leiblichen und geistigen Entbehrung und Entfaltung, die ihm sein späteres Amt auferlegt. Und so ohne tiefere Menschenkenntnis, ohne diejenige bildenden und erziehenden Momente erfahren zu haben, die der Umgang mit einem weiteren Kreis von Menschen ausübt, ist er hinausgekommen auf das Dorf. Und nun in dieser geistigen Verfassung, wird er hinausgestoßen in den politischen Kampf und soll auf einmal auf gleich und gleich, seinen Volksgenossen ge-

genübertreten. Da ist gar leicht, wenn man nicht voll gefestigt ist, wenn man nicht die volle sittliche Kraft besitzt, um allen Anfechtungen zu widerstehen, die Möglichkeit gegeben, daß man so zu Falle kommt, wie dieser Mann hier gefallen ist.

Für diesen armen Schächer, der voraussichtlich mit seiner Freiheit und seiner Ehre sein Vergehen büßen muß, habe ich — und da bin ich mit allen meinen politischen Freunden einig — jedes Maß von persönlichem Mitleid. Der Mann sitzt jetzt in der Gefängniszelle und fängt jetzt wahrscheinlich überhaupt erst an, sich zu besinnen, was er eigentlich getan hat. Aber dieses milde Urteil können wir dem System nicht zubilligen, das den katholischen Geistlichen erst so einseitig erzieht und ihn dann hineintreibt in die politische Arbeit, einerlei, ob er will oder nicht will, einerlei, ob er dazu geeignet ist, oder nicht. Und so, meine ich, wird der jetzige Fall, so traurig er an sich auch ist, doch wieder sein gutes an sich haben.

Daß die Zentrumsparthei nicht dazu gelangt ist, das zu tun, was der Sache nach getan werden mußte, kann ich so recht nicht verstehen. Sie hat selbst zugegeben, daß die Wahl, wenn die Dinge so sind, wie sie verlaufen sind, zu kassieren ist, und ich meine, es wäre vielleicht besser gewesen, wenn sie diese Position die sie innerlich offenbart schon als unhaltbar erkannt hat, auch ohne weiteres aufgegeben hätte. Ich hoffe aber, daß der heutige Fall dazu führen wird, daß man in der Zentrumsparthei sich besinnt, wohin man treibt, gerade für die Bedenklichkeit dieses Systems ist Pfarrer Gaisert ein warnendes Beispiel. Er ist ein leidenschaftlicher Mann, der nicht im Stände ist, sich im Wahlkampf zu beherrschen. Ein solcher Mann aber, der seine fünf Sinne im politischen Kampf nicht zusammenhalten kann, ist aber nicht geeignet für die politische Arbeit. Er ist aber auch ein herzenerroher Mann, sonst wäre ihm eine Neußerung wie vom „Spitaler“ über den hochschätzbaren Herrn Kriechle nicht unterlaufen. (Sehr richtig!) Er ist ein Mann, der das Maß verloren hat für alles sittliche Empfinden, und das Maß verloren hat für seinen eigenen Wert. Er ist sicher davon überzeugt, daß der Pfarrer von Gündelwangen einst mit Pauken und Trompeten in den Himmel einziehen wird und seine Gläubigen hinter ihm her mit dem Zentrumsstimmzettel als dem Passepartout in der Hand. (Heiterkeit.) Er hat auch gezeigt, daß ihm dasjenige Maß von Bescheidenheit abgeht, das gerade eine tiefere Bildung gewährt.

Ich habe noch einige Kleinigkeiten nachzuholen. Der Herr Abg. Eichhorn hat im Zusammenhang mit der Frage der Beteiligung der Beamten an den Wahlen erklärt, daß er theoretisch, wenn ich recht gehört habe, für eine weitgehende Beschränkung des Rechtes der politischen Betätigung der Beamten sei, jedenfalls aber aller Verwaltungsbeamten. Ich kann das eigentlich nicht so recht verstehen von seinem Standpunkt aus, denn wenn wir daran denken, wie sich der sozialdemokratische Staat in Zukunft einmal aufbauen wird, so wird infolge der Uebernahme so vieler sozialer und politischer Aufgaben auf den Staat, wie sie sich die Sozialdemokratie gestellt hat, das Beamtenheer in diesem Staat ins Ungeheure anwachsen. Wenn nun allen diesen die politische Betätigung beschränkt werden soll, ja, so führt das zu Konsequenzen, die sich der Herr Abg. Eichhorn auch nicht bis ins Letzte hinein klar gemacht hat. (Abg. Zehnter: Im Zukunftsstaat wird das ja nicht mehr so sein. Glocke des Präsidenten.)

Ich meine, wenn wir der Kassation der heutigen Wahl zustimmen, so stecken wir heute ein Signal auf, das uns zeigen soll, wir wollen die politische Keuschheit unserer

Wahlen unter allen Umständen aufrecht erhalten. Wir wollen — und ich sage das im Interesse des Klerus — den heutigen Fall als einen Ausnahmefall ansehen, wir wollen aber doch ein scharfes Verdammungsurteil aussprechen über das ganze System der politischen Erziehung des Klerus, seiner Einführung in das politische Leben, und wenn das Urteil in diesem Sinne ausfällt, so hoffe ich, daß es zur Gesundung unserer politischen Verhältnisse beiträgt. Dann wird der heutige Tag für unser Land und unser Volk sein Gutes gehabt haben. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Kopf: Der Herr Vorredner hat zunächst davon gesprochen, daß hier ein Verdammungsurteil über ein System gesprochen werden müsse. Er hat insbesondere aber ein Verdict ausgesprochen gegenüber dem Stande der katholischen Geistlichkeit, indem er dieses System dahin charakterisiert hat, daß dieser Stand teilweise ohne, ja selbst gegen seine innere Ueberzeugung, lediglich getrieben von seinen Oberen, in die Agitation eintrete. Das ist ein außerordentlich schwerer und verletzender, aber auch ein durch und durch unberechtigter Vorwurf. Es besteht ein solches System nicht, und wenn Sie so schwerwiegende Vorwürfe ins Land hinaus werfen, so sollten Sie wenigstens den Beweis dafür antreten. (Unruhe bei den Nationalliberalen.) Seien Sie überzeugt, daß das ganze katholische Volk diesen Schimpf empfinden wird, der ihm mit diesen verletzenden Vorwürfen gegenüber den Geistlichen damit angetan worden ist. (Ohruse und sehr richtig.)

Wenn der Herr Vorredner zu dem eigentlichen Gegenstand unserer Beratung ausgeführt hat, daß die Trennung des Beweismaterials, wie sie der Herr Abg. Zehnter gestern so klar und präzis vorgenommen hat, unzulässig sei, so hat er mich damit nicht zu überzeugen vermocht. Ich meine, wir sollten uns gerade auch bei Wahlprüfungen als Richter fühlen und die Grundsätze des Richteramts dabei anwenden. Nun steht einmal fest, daß eine Reihe von Zeugen einvernommen worden ist, eidlich, durch den Wahlkommissär, wie es das Landtagswahlgesetz vorschreibt. Die Kommission war darüber einig, daß das, was im einzelnen als Neußerung des Pfarrers Gaisert von diesen beeidigten Zeugen festgestellt wurde, eigentlich nicht erheblich genug sei, um die Wahl zu kassieren. In der Tat, in allen diesen Neußerungen die er gebraucht hat: „Wählt Bittemann! wählt gut! und dergl. wird niemand etwas finden können, was beanstandet werden könnte. Es soll also auf Grund der Aussagen der beeidigten Zeugen nur beanstandet werden, daß der Pfarrer überhaupt in einzelne Häuser gegangen ist, mit einzelnen Wählern gesprochen und auf sie einzeln in einer bestimmten Richtung eingewirkt hat. Und, wenn man das beanstanden will, obwohl nachgewiesenermaßen eine Auspielung oder ein Mißbrauch des geistlichen Amtes nicht stattgefunden hat, so kommen wir zu geradezu ungeheuerlichen Resultaten.

Der Herr Kollege Zehnter hat gestern mit Recht darauf hingewiesen, daß die Konsequenz eines solchen Standpunktes natürlich die ist, daß auch Beamte, das schließlich auch Fabrikherren, kurz, daß alle Leute, die irgend einen gesellschaftlichen oder beruflichen Einfluß haben, nicht mehr berechtigt sind, irgendwie belehrend oder ermunternd auf den einzelnen Wähler im Sinne einer gewissen Abstimmung einzuwirken, und daß schließlich nur noch die Herren Sozialdemokraten übrig bleiben, — wenigstens solange wir den Zukunftsstaat mit dem großen Beamtenapparat nicht haben — welche eine solche Agitation betreiben dürften. Nun hat der Herr Kollege Bittemann schon dem Herrn Kollegen Eichhorn auseinander-

geleht, er gehe da doch etwas zu weit und er hat damit, glaube ich, gut herausgeföhlt, daß diese Konsequenzen, wenn man sie insbesondere gegenüber dem Beamtenstand ziehen will, auch gegenüber der liberalen Seite des Hauses sehr bedenklich wirken können. Er hat aber einen Unterschied gemacht zwischen der Agitation der Beamten und jener der Geistlichen und dagegen möchte ich Verwahrung einlegen. Wenn er gemeint hat, der Einfluß der Beamten werde überschätzt, so befindet er sich nach unserer Kenntnis zweifellos im Irrtum, und unsere Kenntnis ist da zweifellos besser, weil wir ja unter dem Einfluß speziell der politischen Beamten, der Oberamtmänner usw. bei den Wahlen jeweils zu leiden gehabt haben. Wir erfahren die Sachen unter der Hand, und wir erfahren dabei sehr interessante Dinge. Es hat einmal der Herr Abg. Wacker hier, ich glaube mit Recht hervorgehoben, daß die Erfahrungen es ausweisen, daß geradezu seitens gewisser Bezirksbeamten eine Schule der Charakterlosigkeit groß gezogen worden ist. Wir haben es in Dutzenden von Fällen erlebt, daß Zentrumsleute zu Bürgermeistern gewählt wurden. Nachher ist aber der Druck, der auf sie, seitens des Amtmannes, ausgeübt worden ist, so schwer geworden, daß sie ihre Gesinnung verleugnet haben und daß sie, man kann ruhig sagen, gegen ihre Ueberzeugung glaubten, in das andere Lager übertreten zu sollen (Rufe: Oho bei den Liberalen; Abg. Süßkind: Brave Männer das!). Das sind Tatsachen, die uns ganz genau bekannt sind. Ich sage also, das was durch die Zeugen vor dem Wahlkommissär festgestellt worden ist, das genügt nicht zur Kassierung dieser Wahl, und wenn Sie es trotzdem tun, so wird man draußen in der öffentlichen Meinung finden, daß das wirklich ein Rechtsbruch ist.

Präsident Dr. Wilkens: Diese Aeußerung kann ich nicht für zulässig erklären. Ich muß dieselbe rügen.

Abg. Kopp (fortfahrend): Ich nehme den Ausdruck zurück. Ich sage, man wird im Volke das Gefühl haben, daß hier eben lediglich eine Mehrheitsentscheidung vorliegt, die eine genügende Stütze in den Tatsachen nicht findet.

Ich darf Sie auch darauf hinweisen, daß eine Reihe von Wählern dargetan haben, daß sie von den Anreden des Pfarrers garnicht beeinflusst worden sind. Das Resultat, das aus diesen Beprechungen herauskam, ist jedenfalls ein außerordentlich unbedeutendes. Und nun vergegenwärtigen Sie sich auch namentlich, daß das doch Beprechungen waren, die nicht etwa in der Nähe des Wahllokals vor sich gingen, daß nicht etwa eine Beaufsichtigung ihrer Stimmabgabe stattgefunden hat, so wird man zugeben müssen, daß es sich lediglich um eine Ermunterung gehandelt hat, und wenn wir dazu übergehen, dies für einen Kassationsgrund anzusehen, so werden Sie es erleben, daß wir auf jedem Landtage in allen den Wahlbezirken, wo die Majoritäten knapp sind, eine Menge Wahlansetzungen bekommen.

Der Herr Abg. Zehnter hat Ihnen bereits auseinandergesetzt, daß die Zeugen beeidigt zu vernehmen sind nach der Vorschrift der Wahlordnung. (Widerpruch bei den Liberalen.) Nur in den Fällen, die in der Strafprozessordnung angegeben sind, darf eine Beeidigung unterbleiben. Was würden nun die Juristen, was würde speziell der Herr Kollege Muser sagen, wenn ein Gerichtshof sagen würde: Wir haben hier eine ganze Reihe staatsanwaltschaftlicher Erhebungen und wir brauchen garnicht die zeugeneidliche Einvernahme der Zeugen. Unsere Ueberzeugung steht fest, und darauf bilden wir unser Urteil? Das wäre zweifellos ungeheuerlich; und deswegen bin ich der Meinung, daß man nicht in der Weise, wie

die Kommission sagt, auf dieses unbeeidigte Vernehmmaterial die Kassation stützen kann.

Nun sind bei dieser Debatte aber eine Reihe von Gesichtspunkten herangezogen worden, die unsererseits eine Antwort erforderlich machen: Vor allem war es der Herr Kollege Muser, der gestern wieder ausgeführt hat, daß wir in Konsequenz des Systems, in dessen Dienst der Herr Pastor Gaisert habe stellen müssen, Religion und Politik vermengen, daß wir überhaupt eine konfessionelle Partei sind und konfessionelle Politik treiben. Nun, wenn dem letzteren Vorwurf anbetrißt, so glaube ich, wir haben denn doch zu wiederholten Malen nachgewiesen, daß das Zentrum keine konfessionelle Partei ist, weder nach seinem Programm, noch nach seiner Zusammensetzung. Das Programm kann jeder Protestant ganz gut unterschreiben. Es ist ganz allgemein gehalten. Es sind immer Protestanten in der Zentrumsfraktion gewesen; ich erinnere an den bekannten Protestanten Anralt Schulz, der unser sichersten 14. Wahlkreis im Reichstag vertreten hat. Er hat auch unsere katholische Bevölkerung niemals Schwierigkeiten gemacht, für Protestanten einzutreten. Wir sind eingetreten für die Konservativen und haben ihnen einige Sitze verschafft. Und gerade der Herr Abg. Muser und die um ihn sitzen, wissen, daß es unsere katholischen Bevölkerung niemals Schwierigkeiten gemacht hat, auch für Freidenker einzutreten (Zuruf: richtig!), wenn ihre Partei nach der politischen Konstellation als das kleinere Uebel für uns anzusehen war. Es ist nicht konfessionelle Verböhrtheit, konfessionelle Meinung, sondern es sind politische Gesichtspunkte, die im Wahlkampf bestimmen. Wir sind nicht Schuld daran, daß nicht mehr Protestanten dem Zentrum beigetreten sind. Wir würden es mit Freude begrüßen, wenn eben wie in Norddeutschland, auch aus Süddeutschland Protestanten unserer Partei beitreten würden. In der 10-jährigen Vergangenheit des Zentrums werden Sie ein Wort gefunden haben, das eine Verletzung oder Uebelwollen gegenüber anderen Konfessionen bedeutet. Ich finde es überhaupt auffällig, daß speziell Herr Kollege Muser jetzt das Bedürfnis empfindet, in dieser aggressiven Weise uns unsere sogenannten konfessionellen Gesichtspunkte vorzuhalten. Er hat jahrelang in diesem Hause gesagt, wir haben diese Vorwürfe nicht von ihm gehört. Unsere Agitation war damals keine andere, aber damals haben wir den Herren Demokraten zu Sitzen verholfen, als unser Eintreten hätte eine demokratische Partei in unsern Lande zur Zeit ihres Entstehens nicht existiert. Wir werden uns immer wieder vorgehalten Verquickung von Religion und Politik. Es wird erklärt, es sei ein Vergehen, daß überhaupt religiöse Momente in die Politik hineinspielen, die Religion habe mit der Politik nichts zu tun. Ich bin der Meinung, daß bei unseren Verhältnissen, wie sie historisch geworden sind, eine Scheidung von Religion und Politik überhaupt nicht möglich ist. Es ist eine Verkenning der ganzen Situation unserer öffentlichen Lebens, wenn man glaubt, daß Religion und Politik im öffentlichen Leben getrennt werden können. Das mag in Amerika, wo man die vollständige Trennung von Kirche und Staat hat, zur Not möglich sein, zumal da man dort auch vollständige Unterrichtsfreiheit hat, aber in einem Staate, wo die Trennung von Kirche und Staat nicht durchgeführt ist, ist es nicht möglich, solange der Staat mitpricht bei der Vorbildung der Geistlichen und bestimmte Minimalforderungen stellt, solange er bei der Besetzung der Pfarreien und sogar der höchsten kirchlichen Aemter mitpricht, solange die Religion ein obligatorischer Lehrgegenstand in der Schule ist, solange von einer völligen Ausscheidung der Religion aus der Politik nicht die Rede sein. (Zuruf: Sehr wahr!)

Uebrigens kann ich Ihnen auch Zeugnisse bringen aus Ihrem eigenen Lager von Leuten, die vernünftig genug sind, es zuzugestehen, daß eine Trennung von Religion und Politik unmöglich ist. In der Münchener „Freistadt“ schreibt ein Jungliberaler: „Ich bin nicht der Ansicht, die man ab und zu äußern hört, daß Religion und Politik nichts miteinander zu tun haben. Wer das im Ernst behauptet, ist ein Narr. Denn selbstverständlich wäre das eine oberflächliche Politik, die nicht auf eine feste Weltanschauung sich gründet und selbstverständlich wäre das eine jämmerliche Weltanschauung oder Religion, die nicht auf das politische Handeln Einfluß übt. Entweder ist im Handeln der Menschen, in ihrem Treiben auf dem Markt und auf der Bühne des öffentlichen Lebens, in Familie, Gemeinde und Parlament Religion oder die Menschen haben überhaupt nicht das, was den Namen Religion verdient. Es gibt zwar Leute — leider nennen sie sich liberal —, welche die Religion in sanfte, stille Gefühle, denen man nur im stillen Kämmerlein oder im Gotteshause sich hingeben solle, auflösen wollen und welche die Religion für ein zartes Ding erklären, das unmöglich in das öffentliche Leben eingeführt werden könne. Was diese Leute „Religion“ nennen, verdient den Namen „Nachtgeschirr-Religion“, denn diese Religion würde zeitlich mit der Benutzung des Nachtgeschirrs ziemlich zusammenfallen und etwa auf die gleiche Höhe der sittlichen Bedeutung, wie diese gestellt werden.“

Es ist das sehr derb und ich glaube es ist durchaus zutreffend gesagt. Ich will nun daran ein Zitat aus der „Frankfurter Zeitung“ bringen, die von Ihnen gewiß anerkannt wird. Die Frankfurter Zeitung zog einen Vergleich zwischen politischen und religiösen Päpsten anlässlich eines Artikels über den religiösen Papst Pius X. und sagt: „Es könnte sich nämlich,“ sagt das Frankfurter Weltblatt, „herausstellen, daß gerade religiöse Päpste das politische Gebiet am wirksamsten bearbeitet und beeinflusst haben“, und das Blatt fährt sodann weiter: „In der Tat, Gregor VII., Innozenz III. und Bonifatius VIII. sind gewiß durchaus religiöse Päpste gewesen, d. h. die Religion war ihnen das höchste und für deren Triumph haben sie die größten Anstrengungen gemacht, aber gerade sie waren es auch, die tief in die Politik eingegriffen und große politische Veränderungen hervorgerufen haben. Die Religion ist eben ein Teil der Politik; sie lebt und wirkt nicht in der Luft, sondern in den Menschen, die zugleich Glieder der menschlichen Gesellschaft und Staatsbürger sind.“

Gerade die letztere Bemerkung ist außerordentlich zutreffend. Aber auch ein evangelischer Geistlicher hat genau das Gleiche gesagt. In einem Vortrag, den der Pfarrer von Grödingen, Herr Schulz, über Religion und Politik gehalten, hat er sich genau auf den gleichen Standpunkt gestellt. Sie sehen daraus, daß auch in Ihren Reihen Leute genug sind, die offen und unumwunden anerkennen, daß Religion und Politik nach unseren historisch gewordenen Verhältnissen und weil eben die Religion ein Stück des Menschen ist und den ganzen Menschen durchdringen muß, nicht getrennt werden können. Wenn aber viele politische Fragen auch religiöse sind, wenn in den Parlamenten auch über Fragen entschieden wird, die in das religiöse Gebiet eingreifen, so ist auch die Geistlichkeit geradezu genötigt, schon wegen jener Interessen, die ihr besonders am Herzen liegen müssen, sich mit Politik zu beschäftigen und auch bei den Wahlen tätig zu sein. Freilich, Ihnen wäre es angenehmer, wenn das nicht so wäre, wenn der Geistliche sich auf die Sakristei und auf die Kirche und das Pfarrhaus zurückziehen würde. Wie weit aber gerade die kirchlichen

Interessen bei einem solchen System kommen, das zeigt uns Frankreich und bis zu einem gewissen Grade auch Oesterreich. (Zurufe: Oesterreich?)

In Oesterreich hätte die Los- von Rombewegung niemals Boden gewinnen können, wenn die Geistlichkeit genugsam auf der Wacht gewesen wäre (Lachen.)

Es hat gestern der Kollege Muser den Kulturkampf erwähnt und es hat mich gefreut, daß er bei diesem Anlaß ihn verurteilt hat. Gerade der Kulturkampf hat die Katholiken mobil gemacht und speziell den katholischen Klerus zur Beteiligung am politischen Leben gezwungen. Wir sind der Meinung, daß Anzeichen genug vorhanden sind, daß alsbald wieder ein neuer Kulturkampf anheben würde, sobald Sie dazu die Macht hätten. Zum Beweis hierfür könnte ich Ihnen außerordentlich vieles vortragen, ich will aber nur einzelnes namhaft machen. Der Kollege Muser hat speziell Böhlingt und v. Hoensbroech erwähnt. Er hat gemeint, beide hätten nur den politischen Katholizismus bekämpft, dem religiösen seien sie durchaus freundlich gesinnt.

Hoensbroech hat eine Rede in Freiburg gehalten gegen das politische Papsttum. Er hat ausgesprochen, daß das Papsttum seit vielen Jahrhunderten seiner religiösen Aufgabe untreu geworden, daß es verweltlicht sei, daß es heute rein politisch sei und deshalb bekämpft werden müsse. Diese Rede, die das Papsttum, den Grundstein und den Eckstein der katholischen Kirche, herabsetzt, das Papsttum, das doch die dogmatische Spitze des ganzen Gebäudes der katholischen Kirche ist, ist von den nationalliberalen Blättern des Oberlandes über den ganzen Schwarzwald und die Rheinebene in Masse verbreitet worden. Sollen unsere Geistlichen dem müßig zusehen, sollen sie zusehen, wie in die Reihen ihrer Parochianen das Gift des Zweifels, der Kritik, der Anfeindung unserer kirchlichen Einrichtungen getragen wird? Sie wären meines Erachtens ihres hohen Amtes unwürdig, wenn sie das ruhig hinnehmen würden. Die Broschüren Böhlingts sind Ihnen doch auch bekannt, und ich glaube, gerade die offizielle nationalliberale Partei hat selbst Veranlassung genommen, diesen Herrn abzuschütteln. Er hat doch Dinge gesagt, die geradezu jedem, der katholisch fühlt, das Blut in den Kopf treiben müssen und ich wundere mich, wie Muser, der diese Schriften doch kennen muß, sie nur als gegen den politischen Katholizismus gerichtet bezeichnen kann. Böhlingt hat z. B. gesagt: „Es gibt nichts verächtlicheres, als einen Kömmling deutscher Junge.“ Er hat gesagt: „Ein Kämmerling des Papstes (gemeint ist Graf Ballestrem, Präsident des deutschen Reichstages), ein Schlappschwanz, dem dabei die Schamröte nicht ins Gesicht steigt.“ Ich könnte Ihnen noch eine Menge solcher Invektiven Böhlingts namhaft machen, ich verzichte aber darauf. Aber das muß ich feststellen. Böhlingt ist zwar von der offiziellen nationalliberalen Parteileitung abgeschüttelt worden, aber verschiedene jungliberale Vereine, ich erwähne nur Offenburg und Lörrach, haben ihn als Redner berufen und seinen Ausfällen Beifall zugejubelt. Zur Kennzeichnung des Tones, in dem über uns gesprochen wird, verweise ich ferner auf einen Artikel des Waldshuter Altboten, der in Nr. 131 u. a. folgendes ausführte:

„Die Einigkeit des deutschen Volkes war ein liberaler Traum, . . . das Haus also, in dem die Nachfahren jetzt herumstänkern, hat ihnen der Liberalismus bauen müssen und es ist ein stolzer Bau geworden, . . . verunziert nur von euch Finstermännern, von Anfang an habt Ihr an den Grundfesten umsonst miniert usw.“

Wenn in diesem Ton von denjenigen gesprochen wird, die auf dem Standpunkt der katholischen Weltanschauung

stehen, dann wundern Sie sich, wenn wir uns auch rüsten gegen das, was wir von Ihnen zu gewärtigen haben. Sie werfen uns vor, unsere Geistlichen zerrten die Religion unnötiger Weise in den Wahlkampf hinein. Die Herren von der nationalliberalen Partei haben am allerwenigsten Anlaß, uns einen solchen Vorwurf zu machen. In einer Bonndorfer Versammlung am dem Abend der Wahl des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Faller hat unser früherer Kollege Herr Kriehle gesagt: „Können die 69, die nicht für Faller gestimmt haben, dies vor ihrem Gott verantworten?“

Es ist schon früher einmal erwähnt worden, wie man es jetzt dem Herrn Kollegen Schüler gemacht hat. Als er im 2. Reichstagswahlkreis Kandidat war, wurde in einem nationalliberalen Flugblatt gedruckt: „Wählt nicht den Verräter seiner Kirche — Schüler — wählt den guten Katholiken, Dr. Merz.“ In ähnlichem Sinne hat man jetzt wieder im Oberland in allen Wahlaufsätzen, in vielen Zeitungsartikeln den Katholizismus der nationalliberalen Kandidaten herausgestrichen, so in Bonndorf, Engen-Donaueschingen, Meßkirch-Stockach, in Waldshut. Ich meine, angesichts dieser Tatsache sollten Sie etwas zurückhaltender sein mit den Vorwürfen, die uns gegenüber so gerne gemacht werden.

Da uns Verhöhnung der Konfessionen vorgeworfen wird, so darf ich aber auch daran erinnern, wie es in dieser Hinsicht in Ihrem Lager getrieben wird: In Bretten erschien bei der letzten Reichstagswahl ein nationalliberales Flugblatt gegen unseren Kandidaten von Menzingen, in dem gesagt wurde, es sei eine Schmach, einen Ultramontanen zu wählen. In Eppingen rief man den Katholiken in einem nationalliberalen Flugblatt zu, sie sollten nicht den Katholikenfeind Rupp wählen, sondern sich eher der Stimme enthalten. In Rosbach und St. Georgen appellierte man in Flugblättern an die evangelischen Männer und an ihr evangelisches Bewußtsein. In Karlsruhe haben die Nationalliberalen vor der Stichwahl ein Flugblatt verteilt, betitelt: Katholische Männer, Zentrums-wähler der Diktatur! Es steht unter anderem darin: „Ihr katholischen Handwerker und Geschäftsleute habt genug unter der Sozialdemokratie zu leiden; Ihr katholischen Beamten werdet nicht vergessen, wie Ihr Euch einem Sozialdemokraten gegenüber zu verhalten habt; Ihr katholischen Arbeiter müßt Euch daran erinnern, wie Ihr Eurer religiösen Ueberzeugung halber von Euren sozialdemokratischen Kollegen verhöhnt werdet!“ Nachher ist davon die Rede, daß der liberale Kandidat unser „Glaubensgenosse“ sei usw. Ueberall wird da hauptsächlich an konfessionelle Gesichtspunkte appelliert.

Selbst liberale Organe haben es gelegentlich anerkannt, daß gerade die kulturkämpferische Richtung der nationalliberalen Partei immer mehr Katholiken in das Lager des Zentrums getrieben haben. So sagt die Lahrer Zeitung am 7. Juli v. J.:

„Die Aufhebung eines wertlosen Paragraphen vom Jesuitengesetz brachte eine scharfe Reaktion gegen die gemäßigten Liberalen; der Pfaffenkreuzer Böhlingk übernahm zeitweise die Führung, der Jesuit Hoensbroech ward als verkleideter Wanderredner ins Land gerufen, die Klosterfrage wirkte mehr denn je als rotes Tuch. — Item: Der Kulturkampf mit untauglichen Mitteln treibt die bis dato liberalen Katholiken ins Zentrumslager.“

Auch die Nationalkzeitung schrieb im April 1905:

„Die Hekereien gewisser nicht nur antiultramontaner, sondern geradezu katholikentresserischer Elemente haben während der letzten Jahre manchen Schaden gestiftet.

Daß diese Elemente tatsächlich abgeschüttelt wurden, kann nicht bewiesen werden! —“

Ähnlich sprechen sich auch die Straßburger Post und der Hegauer Erzähler aus.

Angesichts Ihrer schweren Anklagen gegen die geistliche Wahlagitation frage ich nun aber die Herren Nationalliberalen: „Sollen die Geistlichen auch dann inaktiv bleiben, wenn die Sozialdemokraten, wie sie das neuerdings begonnen haben, die Verherrlichung der Revolution auch auf das Land hinaustragen? (Zwischenruf: Frühauf.) Soll es ihnen auch dann verboten sein, einzutreten für die Monarchie, für die Grundlagen unseres Staatswesens? (Sehr gut!) Vor die Beantwortung dieser Frage gestellt, werden Sie am Besten empfinden, welche Konsequenzen die Entscheidung, die Sie treffen wollen, herbeiführen muß!“

Es ist das Rundschreiben des Zentralkomitees der Zentrumsparthei an die kath. Geistlichen erwähnt worden. Ich spreche davon nicht, weil ich annehme, daß darüber nachher mein Freund Fehrenbach reden wird. Aber weil der Herr Kollege Muser die Frage daran angeknüpft hat, warum wir uns denn immer an die Geistlichen wenden, möchte ich demgegenüber sagen: Es ist ein großer Irrtum, wenn er meint, daß wir uns bei Wahlen nur an die Geistlichen wenden; wir wenden uns an alle unsere Vertrauensmänner. Das zweite Rundschreiben, das er erwähnt hat, war keineswegs bloß an die Geistlichen gerichtet, wenn auch oben drüber steht: „Hochwürdig, hochverehrter Herr“ — das „Hochwürdig“ galt für die Geistlichen, das „Hochverehrt“ für die Laien! (Lachen bei den Nationalliberalen und Sozialdemokraten.)

Wir machen es gerade so, wie die andern Parteien auch, wir wenden uns an Männer in allen Lebensstellungen, von denen wir wissen, oder doch voraussetzen können, daß sie politisches Interesse hegen und daß sie bereit sind, es im Dienste unserer Sache zu betätigen, unserer Partei irgend etwas zu leisten.

Es ist wiederum das Gebetbuch des Herrn Pfarrers Keller angeführt worden. Das ist nun so oft geschehen, daß es mir wirklich widerstrebt, darauf einzugehen. Ich kann Ihnen nur sagen, dieses Gebetbuch interessiert uns so wenig, daß meines Wissens kein einziger von uns es besitzt, ich habe es noch gar nie gesehen. Ich meine aber, nachdem die Geschichte im Reichstag und im letzten Landtag schon einmal und gestern wiederum breit behandelt worden ist, dürfte es für alle Zeit genug davon sein, wenn Sie aber eine vierte Auflage ausführen wollen, haben wir nichts dagegen einzuwenden. Unser Standpunkt gegenüber dem Gebetbuch ist einfach der, daß wir sagen, es ist eine Privatleistung, die der Verfasser zu verantworten hat. Wenn Sie es aber als Ausfluß eines Systems hinstellen wollen, daß überhaupt ein Betrachtungsbuch geschrieben wird, in dem auch über die Pflichten des katholischen Mannes im öffentlichen Leben gesprochen wird, so kann ich Ihnen nur sagen: daran finde ich gar nichts auffallendes, wenn es nur in geziemender Form geschieht: denn das Wählen ist zweifellos auch eine Pflicht des Mannes, und wenn dem Manne in einem Betrachtungsbuch auseinandergesetzt wird, daß er als ganzer Mann seine religiöse Ueberzeugung im Leben, auch bei den politischen Wahlen, bei den Gemeindevahlen u. dgl. zu betätigen habe, so ist das in gar keiner Weise zu beanstanden. Sollte es freilich vorgekommen sein, was ich nicht weiß, daß in diesem Gebetbuch Aeußerungen gefallen sind, die geeignet sind, Andersgläubige zu verlegen, so würde es selbstverständlich von uns bedauert.

Schließlich muß ich noch ein Wort der Richtigstellung gegenüber dem Herrn Kollegen Muser aussprechen. Er hat gemeint, wenn ein katholischer Geistlicher einmal seiner Kirche untreu werde, wenn er zu einer anderen Konfession übertrete, dann werde er als Abtrünniger, als Apostat, verunglimpft und beschimpft. Das ist nicht richtig. Wenn gerade Hoensbroech, wenn neuerdings der Divisionspfarrer Bachstein angegriffen worden sind, so ist das nicht geschehen deswegen, weil sie ihrem Priesteramt, oder ihrem Glauben untreu geworden sind, sondern nur deshalb, weil sie sich bemüht haben, das Haus, in dem sie selbst so lange gewohnt, in dem sie eine hervorragende Stellung eingenommen hatten, in unerhörter Weise zu beschimpfen. Ich kenne hohe Staatsbeamte, die dem katholischen Bekenntnis den Rücken gekehrt und zum Protestantismus übergetreten sind. Man hat das auf unserer Seite sehr bedauert, es ist aber nie hierwegen ein Angriff auf diese Herren gerichtet worden, die Tatsache ist öffentlich gar nicht erwähnt worden. Wir stehen auf dem Standpunkt der Achtung jeder religiösen Überzeugung. Das ist unser Programm, und dem entspricht unsere Praxis von 35 Jahren her.

Ich schließe, indem ich sage: wir weisen den Vorwurf der gemacht worden ist, als ob unsere Geistlichen systematisch die Verhezung der Konfessionen treiben, oder ihr geistliches Amt zur Beeinträchtigung der Wahlfreiheit mißbrauchen, energisch zurück. Wir weisen namentlich zurück die Behauptung, daß unerlaubte Zwangsmittel angewendet werden. Daß einzelne Entgleisungen vorkommen, das kommt überall vor, aber es geschieht nicht systematisch; es handelt sich da immer nur um sehr vereinzelte Fälle und unser geistlicher Stand steht zu hoch, als daß dieser Vorwurf an ihn heranreichen könnte. Wir wahren aber auch unserem Klerus und uns allen das Recht der öffentlichen Betätigung unserer politischen Überzeugung, und wir weisen es zurück, wenn Herr Kollege Muser damit geschlossen hat, wir seien Schuld daran, daß eine große Menge Leute gegen ihre Überzeugung ihr politisches Wahlrecht ausüben müßte. Das Recht, die politische Überzeugung anderer mit dem Mittel der Belehrung zu beeinflussen, hat jeder Staatsbürger, und es ist ein Unrecht, wenn man den Geistlichen allein dieses Recht beschränken will. Es wäre das jedenfalls das Gegenteil von liberal. (Bravo! im Zentrum.)

Minister Dr. Schenkel: Die seitherigen Verhandlungen geben mir nur in einem Punkte zu einer Bemerkung Anlaß. Der Herr Abg. Kopf hat vorhin gesagt, der Einfluß der politischen Beamten auf die Wahlen könne gar nicht unterschätzt werden. Er und seine Parteigenossen erführen unter der Hand eine Anzahl von Wahrnehmungen über eine offenbar unzulässige Tätigkeit der Beamten, insbesondere der Verwaltungsbeamten, in bezug auf die Wahlen, die außerordentlich interessant seien. Sodann hat er bemerkt, es sei unter den Bezirksbeamten vielfach eine Schule der Charakterlosigkeit gegenüber Angehörigen des Zentrums groß gezogen worden; es seien namentlich Leute, die zu Bürgermeistern gewählt worden sind, unter dem Druck der Bezirksbeamten genötigt worden, in ein anderes Lager überzugehen.

Ich muß nun sagen, es steht die Schärfe des Ausdrucks und die Allgemeinheit der Behauptung, wie sie von dem Herrn Abg. Wacker für gut erachtet worden ist, (Zuruf: Kopf! große Heiterkeit), von dem Herrn Abg. Kopf — mit der Schärfe der Beweisführung und mit dem Mangel jeglicher Einzelheiten in einem außerordentlichen Mißverhältnis. Zunächst hat er in keiner Weise irgend einen Beweis dafür angeführt, daß die Beamten

früher oder gar bei dieser Landtagswahl unter Anwendung ihrer Amtsgewalt auf die Wahlen eingewirkt haben. Es ist durchaus gestattet — und das ist ja wohl die übereinstimmende Anschauung dieses Hauses —, wenn die Beamten, auch die Beamten der inneren Verwaltung, als Bürger und Menschen sich am öffentlichen Leben und unter Umständen auch bei den Wahlen beteiligen. Sie sollen nur niemals ihre Amtsgewalt mittelbar oder unmittelbar zu irgendwelchen Einwirkungen auf das Wahlergebnis und auf die Willensbestimmung der Wähler verwenden. So wird es auch bei uns gehandhabt. Es ist weder von dem Ministerium des Innern, noch von irgend einer anderen Zentralbehörde irgendwelche Weisung an die Bezirksbeamten hinausgegangen, daß sie sich an den Wahlen in der oder jener Richtung beteiligen sollen. Es ist auch nicht etwa von irgend einer Partei versucht worden, in einem Schreiben an die hochwohlgeborenen Herren Amtsvorstände (Abg. Dr. Vinz: Sehr gut!) diese zu veranlassen, ihre Tätigkeit, vielleicht gar unter Anwendung ihrer Amtsgewalt, einer Partei zur Verfügung zu stellen. Würde ich erfahren haben, daß eine Partei es wagt sich in dieser Weise die öffentliche Tätigkeit der Amtsvorstände dienstbar zu machen, ich würde sofort das Erforderliche tun, um einen derartigen Mißstand im öffentlichen Leben zu beseitigen. Ich habe auch gar nicht erfahren, daß sehr viele Amtsvorstände bei den Wahlen tätig gewesen sind. (Zuruf aus dem Zentrum: Sehr viele!) Da und dort sind sie, aber niemals an der Spitze der Wahlkomitees, in der Wahlbewegung aufgetreten. Aber das waren vereinzelte Erscheinungen. Wenn der Herr Abg. Kopf etwas derartiges allgemein behaupten will, dann muß ich von ihm in allererster Linie verlangen: Tatsachen heraus! Er soll einmal sagen, was geschehen ist, was irgendwie gegen die Dienstpflicht der Beamten verstößt, und ich werde das hernach gerecht und objektiv untersuchen lassen. Ich glaube, wenn etwas geschehen wäre bei diesen Landtagswahlen, was in dieser Beziehung zu Anständen Veranlassung hätte geben können, es wäre herausgekommen. Aufpaffer waren genug da (Zuruf: Sehr richtig!), und die Presse hätte jede Gelegenheit ergriffen, wenn sie dem Minister des Innern und seinen untergebenen Beamten etwas hätten nachsagen können; und ich muß sagen, sie hat diese Absicht vielfach erwiesen, nicht immer unter genauer Einhaltung der Wahrheit. Ich erinnere z. B. an einen neuerlichen Artikel in einem Heidelberger Blatt, der sich mir gegenüber eine Anzahl Verdrehungen von Tatsachen gestattet.

Nun hat er dann gesagt, der Herr Oberamtmann (große Heiterkeit), der Herr Abg. Kopf, es sei von Bezirksbeamten besonders auf die Bürgermeister ein psychologischer Druck ausgeübt worden, damit sie zu einer andern Partei übergehen. Nun, in der Handhabung eines psychologischen Druckes ist unsere Bezirksverwaltung außerordentlich wenig erfahren, und ich glaube, es gibt ganz andere Stellen, die in der Art, wie man einen psychologischen Druck auf die Bevölkerung und auch auf Untergebene ausübt, viel mehr Erfahrung und Geschicklichkeit haben. Ich muß es, so lange mir nicht ganz bestimmte Fälle vorgetragen werden, durchaus ablehnen, was der Herr Abg. Kopf gesagt hat, als ob die Bezirksverwaltung auf die Bürgermeister und gar im Sinne einer charakterlosen politischen Gesinnungsänderung irgend welchen psychologischen Druck ausübe. (Bravo! bei den Liberalen.)

Abg. Dr. Schöfer: Der Herr Abg. Rebmann behandelte die Erziehung des Klerus. Da ich ziemlich lange hierbei beschäftigt war, wenn auch nur in untergeordneter Stellung, so glaube ich mich einigermaßen engagiert,

und deshalb möge mir gestattet sein, hierüber einiges zu sagen. Er sagte, Herr Pfarrer Gaisert sei wohl ein Bauernbiblein gewesen. Ich nehme an, daß der Herr Abg. Nebmann mit dem Ausdruck „Bauernbiblein“ nichts hat sagen wollen, was in die Kategorie des Verächtlichen gehört. (Abg. Nebmann: O nein!). Ich nehme das nicht an. Wenn aber damit gesagt werden wollte, daß der Klerus sich aus diesem Stande mehr oder weniger rekrutiert, und ihm einen gewissen Makel anhängt — ich nehme es auch nicht an —, sonst müßte ich auch dem widersprechen. Ich glaube, daß jedenfalls das Bauernbiblein gerade so gut wie jedes andere Biblein, vielleicht sehr hoher Eltern, sein Talent, seine Bildungsfähigkeit in sich bewahren kann.

Dann hat Abg. Nebmann von einer Abkapselung gesprochen und dabei bemerkt, der Herr Pfarrer Gaisert wäre während seiner Studienzeit wohl in einem Gymnasialkonvikt gewesen. Ich muß betonen, daß er die letzten Jahre seiner Gymnasialzeit als freier Student verbracht hat, und ich kann hinzufügen, daß er die Wertschätzung aller Mitschüler ohne Rücksicht auf ihre Konfession genossen hat und daß diese wohl alle der Ueberzeugung sind, daß die Dinge, die man ihm zur Last legt, nach seinem Charakter zu urteilen, unverständlich sind, und erwarten, daß die Gerichtsverhandlung eine andere Wendung nimmt, als es gegenwärtig den Anschein haben mag.

Es ist dann von dem Herrn Abg. Nebmann über die „politische Erziehung“ des Klerus gesprochen worden. Eine solche gibt es nicht, und ich muß ganz entschieden zurückweisen, daß von einer politischen Erziehung des Klerus in seiner Vorbereitungszeit irgendwie geredet werden kann. Ich muß aber auch betonen, daß die Erziehung des Klerus Sache des Bischofs ist. Der frühere Abg. Ramey hat einmal betont, daß der Geist der Erziehung des Klerus einzig und allein von dem Bischof bestimmt werde, und deswegen gehe es nicht an, da irgendwie hineinreden zu wollen. Wenn vollends gesagt wird, es sei eine „politische Erziehung“, so ist das den Tatsachen nicht entsprechend. In politischer Beziehung wird nichts getan an der Erziehung des Klerus. Es ist aber selbstverständlich, daß, wer katholischer Geistlicher werden will, nicht auf einem Standpunkt stehen kann, auf Grund dessen seine Weltanschauung abweicht vom Christentum und von der christlichen Weltanschauung.

Es wurde weiter betont, der Herr Pfarrer Gaisert wäre erfüllt gewesen von einer Ueberschätzung seines Standes und seiner Würde, und diese Ueberschätzung würde dem jungen Geistlichen systematisch beigebracht. Dem muß ich widersprechen. Es ist selbstverständlich, daß die Würde des Geistlichen von der Glaubensüberzeugung unserer Kirche bestimmt wird, und daran kann nicht gerüttelt werden. Es ist aber ebenso selbstverständlich, daß unsere jungen Herren erzogen werden in Demut und Bescheidenheit. Aber man wird mir zugestehen, daß es in der Erziehung nicht immer möglich ist, auch bei dem besten Willen und mit den besten Mitteln, das vorgesteckte Ziel zu erreichen. Wie weit nun bei Herrn Pfarrer Gaisert die Gesetze der Bescheidenheit und der Demut zu verzeichnen sind, will ich dahingestellt sein lassen. Aber in den Beweismomenten des Herrn Abg. Nebmann kann ich die Vorwürfe, auf Herzensroheit und so weiter, die er angeführt hat, nicht begründet finden, denn sonst müßte er zugeben, daß andere Vorwürfe, die von Ihrer Seite gefällt worden sind, mit ganz anderem Urteile zu bewerten sein werden.

Ich möchte nun auf einiges, was der Herr Abg. Muser gestern gesagt hat, zurückkommen. Er hat gestern offen-

bar mit sichtlich Freude das Wahlflugblatt des „Walzmichel“ erwähnt. Wenn es irgendwie gewünscht wird — und ich habe gar keinen Grund, damit zurückzuhalten — so erkläre ich, daß ich von Anfang an bis zu Ende der Verfasser des Blattes bin. (Bravo!) Was ich geschrieben habe, kann ich im vollen Umfange verantworten, und wenn die Anfrage früher gekommen wäre, hätte sie jedenfalls in diesem Sinne sofort ihre Beantwortung gefunden. Er hat bei dieser Gelegenheit aber auch sich ein Wortspiel erlaubt. Ich habe das nicht als besonders nobel gefunden. (Lachen bei den Nationalliberalen; Sehr richtig! im Zentrum.) Es hätte ja sehr nahe gelegen, nun ein ähnliches Wortspiel mir anzueignen, allein ich tue das nicht. Vergleiche zwischen Vergangenheit und Gegenwart bei dem Herrn Kollegen Muser würden ja das nicht schwer machen, allein der Weg ist für mich nicht gangbar, und darum will ich es unterlassen.

Das Flugblatt will als Wahlflugblatt betrachtet werden. Es wird aber dann auch gerade der Bevölkerung meiner Konfession einen gewissen Maßstab geboten haben, wie ungefähr ein Kulturkampf aussieht und zu welchen Dingen er führen kann. Warum dieser Maßstab nötig ist, das werde ich nachher nachzuweisen suchen.

Der Herr Abg. Eichhorn ferner hat aus diesem Wahlflugblatt ableiten wollen, daß ich, weil ich katholischer Geistlicher bin und eine Pfürnde habe, ein Wahlagitator sei. Ich glaubte das aus einer Zwischenbemerkung des Herrn Abg. Eichhorn entnehmen zu sollen. (Widerpruch.) Wenn das nicht so ist, so freut es mich, daß Sie das anerkennen, aber ich sage: ebenso wenig, wie mir von irgend einer anderen Seite als dem Verfasser ein solcher Auftrag zuteil geworden ist, sei es von seiten der Parteileitung oder von seiten der Kirche, ebensowenig habe ich irgend ein Honorar weder von parteipolitischer, noch von kirchlicher Seite empfangen; und ich erkläre weiter, wenn je mir ein solcher Auftrag von der Kirche gemacht worden wäre, so hätte ich diese Zumutung entschieden zurückgewiesen. Ich habe auch die Ueberzeugung, daß man mir nie und nimmer eine derartige Zumutung stellen würde, wie überhaupt in den ganzen 14 Jahren meiner priesterlichen Vergangenheit niemals irgend ein kirchlicher Oberer in politischer Beziehung mir auch nur das geringste gesagt oder vorgeschrieben hat. Ich glaube, daß auch jeder meiner Amtsbrüder sich frei und frank mit mir in diesem Stück einig bekennt. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Nun darf ich wohl auch, und ich glaube es Ihnen schuldig zu sein, begründen, warum das Flugblatt geschrieben worden ist. Es ist geschrieben worden vom Standpunkt der Verteidigung aus. Man braucht die Augen nur offen zu halten, um zu sehen, daß wir mitten in einem Kulturkampf stehen, freilich nicht mehr in dem Kampf mit der reinen Polizeigewalt, sondern in einem, der mit anderen Waffen geführt wird. Dafür will ich Ihnen den Beweis erbringen: Es ist am 18. September vorigen Jahres in einer Moderversammlung in Bruchsal ausgesprochen worden von seiten eines Redners, der der Partei des Herrn Abg. Muser sehr nahe steht — deshalb darf ich wohl auch annehmen, daß es ungefähr seine Gesinnung sein wird —: „Dem Zentrum trennt uns eine Weltanschauung, und diese Weltanschauung bekämpfen wir bis aufs Messer, weil sie unsere Gefühle durchkreuzt.“ Nun, wir stehen auf der positiv christlichen Weltanschauung. (Sehr richtig! im Zentrum.) Demnach können die, welche uns bekämpfen, nur auf einer Weltanschauung stehen, die nicht positiv christlich, sondern ihr entgegengesetzt ist. Nicht nur das — da wäre ja noch ein friedliches Zusammenleben mit einander möglich —, aber wenn es dann heißt: „Diese Weltanschauung bekämpfen

wir bis aufs Messer", dann ist das eine förmliche Kriegserklärung, und wo soll denn der katholische Geistliche seinen Platz finden, wenn nicht gerade hier, wo er in seinem Lebenselement, nämlich in seinem Glauben und seiner Pflicht, angegriffen ist! Also daraus geht klar hervor, daß wir mitten im Kulturkampf stehen. (Widerspruch bei den Liberalen.) Aber auch die Herren Jungliberalen haben dieselben Anschauungen. Da lese ich in einem Programm, das unterschrieben ist „Siegfried“, offenbar einem Pseudonym: „Wenn wir die unwahren Dogmen der katholischen Kirche zerstören, dann wählt kein Mensch mehr ultramontan.“ (Zuruf: Wer sagt das?) Siegfried, das jungliberale Programm. (Zuruf: Wer ist Siegfried? Glocke des Präsidenten.) Ich muß annehmen, daß es einer der Ihrigen geschrieben hat und daß Sie ihn kennen.

Gehen wir weiter zu den Taten über. Wir kennen doch sehr gut noch die Stürme, die in den Jahren 1902/3 durch das Land gegangen sind. Wir haben damals dagegen nichts getan; wir blieben ruhig. Man hat aber damals angekündigt: wenn die Sr. Regierung auf die Bitte der Katholiken einging, dann würde wiederum ein Sturm durch das Land brausen, der gegen den ersten ein Kinderspiel sein werde.

Die Tätigkeit der antiultramontanen Vereinigung weiter ist für uns ein schweres Kreuz; ihre ganze Tätigkeit ist der Kampf gegen uns. Die antiultramontane Vereinigung oder ihre einzelnen Führer abzuschütteln, geht nicht gut an. Sie lassen sich übrigens auch nicht abschütteln. Herr Boehlingk schrieb in seinem „Freien Wort“ im Oktoberheft 1903, Seite 506: „Ohne die Initiative der freien antiultramontanen Vereinigung wäre die ganze jungliberale Bewegung bereits wieder in das Reich des Schattens gesunken.“ Was also die Seele im Körper, das ist die antiultramontane Vereinigung innerhalb der jungliberalen Bewegung.

Ferner sagt die „Lahrer Zeitung“ in Nr. 160: „Der Pfaffenfresser Boehlingk übernahm zeitweise die Führung.“ Boehlingk hat also offenbar eine ganz hervorragende Stellung.

Der Herr Kollege Kopf hat mit Recht darauf hingewiesen, wie die Einladungen zu der antiultramontanen Vereinigung und die Berichte in den nationalliberalen und verwandten Zeitungen gelautet haben. Man hat ferner die Reden, insbesondere die des Grafen Goensbroech über den ganzen Schwarzwald verbreitet und damit unmittelbar einen Vorstoß in das katholische Glaubensbewußtsein der dortigen Bevölkerung unternommen.

Man sagt gewöhnlich, um die Sache in der Deffentlichkeit einigermaßen zu beschönigen: „Ja, ultramontan und katholisch, das sind zwei ganz verschiedene Dinge.“ Der Beweis ist aber nicht schwer zu führen, daß selbst in ihren eigenen Reihen diese Auffassung nicht mehr haltbar ist. Uebrigens liegt aus dem Monat Dezember 1888 ein gerichtliches Urteil von Duisburg vor, worin gesagt ist: „Es ist unwesentlich, wenn der Evangelische Bund die beiden Begriffe Romanismus oder Ultramontanismus, statt Katholizismus, substituirt; denn in diesen Bezeichnungen erschöpft sich die Zugehörigkeit zum katholischen Bekenntnis.“

Die „Halleische Zeitung“ sagte im letzten Jahre: „Der offizielle Katholizismus ist römisch-ultramontan und jehuitisch.“ Und die „Nationalliberale Jugend“ schreibt unter dem 10. Juli 1904: „Zwischen dem Ultramontanismus und dem Katholizismus besteht kein Unterschied mehr. Ultramontanismus und Katholizismus sind identisch.“

Ich will von den vielen Dingen, die geschehen sind, vor allem von den Reden, die Graf Paul von Goensbroech und andere gehalten haben in Mannheim, in Karlsruhe, in Freiburg und an verschiedenen anderen Orten, nicht reden. Ich will nicht erinnern an all die Dinge, die mit dem Namen Grafmann zusammenhängen; ich will nicht daran erinnern, daß ein Amtsverkündiger, der „Schwarzwälder“ von Billingen, sich gerühmt hat, er habe so und so viele Hundert von Grafmanns-Pamphleten in die katholische Bevölkerung vertrieben. (Hört, hört! im Zentrum; Heiterkeit bei den Liberalen.)

Ich will nur den einen Ausspruch noch des Herrn Professor Boehlingk anführen, der so recht den Geist zeigt, in dem hier gearbeitet wird: „Ich sage Ihnen“, sprach er auf dem Dresdener Evangelischen Bundestag im Jahre 1904, „wenn wir so weiter machen wie jetzt, so frisst der Papst den Kern und wir spielen mit den Schalen. Wenn wir aber unser Hausrecht mit der Tat wahren, dann werden die römischen Nachtvögel über Nacht verschwinden.“ Das Hausrecht wahren gegen uns Katholiken, das heißt aber doch wohl nichts anderes, als uns zum Deutschen Reich hinausschmeißen! Nun, daß das nicht so ohne weiteres durchführbar ist, das wollen wir von vornherein natürlich annehmen. Aber daß der gute Wille da ist, von Seiten dieses Herrn, das glaube ich damit festgestellt zu haben. „Die römischen Nachtvögel“ ist auch eine allerliebste Bezeichnung. Wir haben aber noch andere; so haben wir auch im letzten Wahlkampf die „Zentrumsrabben“ gehört, die nicht mehr herumfliegen sollen. Es stand im „Albboten“. Auch von den Scherzmäusen konnte man hören, sowie von Unter- und Obermaulwürfen, die es gebe.

Im eigenen Lager gibt man es ja unumwunden zu, daß ein Kulturkampf da ist. (Oh! bei den Liberalen.) Gewiß, z. B. im „Hegauer Erzähler“, Nr. 135 aus dem Jahre 1902, stand der Satz: „Die liberale Partei ist heute auf dem Standpunkt angekommen, wo sie mit der Politik kleinlicher Kulturkämpferei jämmerlich Fiasko macht.“ Ferner hat Herr Kollege Kopf vorhin aus der „Lahrer Zeitung“ einen solchen Beweis angeführt.

Die ständigen Angriffe, diese sind der erste Grund, weswegen das Flugblatt abgefaßt worden ist. Wenn man angegriffen wird im Heiligsten, dann darf man sich flüchtig auch wehren, und nur das ist geschehen. Man wird dem Flugblatt nicht nachsagen können, daß es irgend etwas Unwahres gesagt hat. Ich habe die Herren, die damals im politischen Leben mitten im Kulturkampf gestanden haben, und die Herren, die ab und zu gegen uns zitiert werden, gesprochen, und sie haben dann die Versicherung gegeben, nicht ein einziges Wort steht darin, das nicht richtig wäre.

Es ist aber noch ein anderes Moment, was mich bestimmt hat, das Flugblatt zu schreiben, die Herren Gegner geben das Beispiel dazu. Keine Duelle ist zu alt und zu staubig, als daß sie nicht hervorgeholt wird, wenn es gegen uns geht. Graf Goensbroech ging zurück bis ins erste Jahrhundert, um alle Jahrhunderte durchzumachen und Stoff gegen uns zu sammeln. Die Kritik spielte dabei nicht die erste Rolle. Als im Jahre 1878 für einen sehr hohen Herrn gekämpft wurde (er gehörte der konfessionellen Partei an droben im ersten Reichstagswahlkreis), wie ging man da Hausieren und wie drohte man mit Zehnten und Frohnden und noch Schlimmerem, wenn nicht liberal, sondern konservativ gewählt werde. Auch jetzt in Weiskirch wieder ein ähnlicher Fall. Es gibt eine ganze Bibliothek, die man zusammengeschrieben hat, unter dem Titel „Der Zweck heiligt das Mittel“, um hier einen Orden der katholischen Kirche und damit der kato-

lichen Moral eins aufzubrennen. Die Monita sekreta ferner bilden auch eine ganze Bibliothek; sie liegen weit von den 60er Jahren zurück. Galilei lebte lange vor dem Jahre 1860, und wie oft wird er nicht herborgeholt, wie viele Moralisten der alten und ältesten Schule werden nicht abgestaubt, um die katholische Moral zu entstellen, hinsichtlich der Beurteilung des Tyrannenmordes.

Nun noch ein Maßstab für die Beurteilung des Flugblattes, der Ihnen vielleicht ganz unbedächtig ist; ich will ihn Ihnen zunächst geben und Ihrem Gefühl überlassen, zu empfinden, woher der Maßstab genommen ist. „Die Anzeichen“, so lesen wir, „haben sich in der letzten Zeit für die Annahme genehrt, daß man ultramontanerseits einen Streich beabsichtigt, gegen den das Waldmichelkunststück das reinste Kinderspiel ist.“ Diese Notiz ist von liberaler Seite ausgegangen und zwar von einer parlamentarischen, und hat in der „Konstanzer Zeitung“ gestanden am 17. September 1905. Dagegen ist der Waldmichel allerdings ein Kinderspiel. Aber der Streich, der dann geliefert wurde, ist nicht von Zentrumsseite, sondern von anderer Seite ausgegangen, und zwar geschehen am 28. Oktober und in der darauffolgenden Zeit. Das ist der Maßstab. (Zuruf: Das versteht ja niemand!) Der Text heißt, ich will ihn noch einmal verlesen: (Verliest noch einmal: „Die Anzeichen usw.“)

Dieser Streich ist in dem Text vorher als das Bündnis des Zentrums mit der Sozialdemokratie bezeichnet worden. (Zuruf: Sehr richtig!; Heiterkeit.) Ich habe nur den Satz herausgehoben und gedacht, die Sache würde für Sie klar sein.

Ich verlasse das Flugblatt und muß auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen, den der Herr Abg. Muser gestreift hat; die Bonndorfer Briefgeschäfte. Ich hatte geglaubt, er würde, was seine Partei gesagt hat, noch im Gedächtnis haben. So will ich es ihm aus der „Neuen Badischen Landeszeitung“ vorlesen, dort steht: „Wenn man die Darlegung des Herrn Wacker gründlich überlegt, so muß man zu der Auffassung kommen, daß es sich bei dem ganzen Streit der nationalliberalen Presse nur um einen Schwindel handelt, mit dem das nationalliberale Parteivassersüppchen wieder aufgewärmt werden soll.“ Das ist das Urteil der „Neuen Badischen Landeszeitung“ von damals.

Und nun komme ich noch einmal auf den zweiten Punkt meiner Ausführung zurück. Sie werden ja fortfahren, in dem, was Sie bisher getan haben; die Kulturkampfstimmung hat auch die Linksliberalen ergriffen. Es ist das der Punkt, auf dem Sie sich einigen. So schreibt auch der „Frankfurter Generalanzeiger“ in Nr. 91: „Auch die linksliberalen Parteien sind heute von einer gewissen Kulturkampfstimmung erfasst, weil sie nur die Plattform für ein Zusammengehen mit der liberalen Partei abgibt.“ Sie werden fortfahren, das zu tun; wir werden dadurch dann gezwungen sein, so zu handeln, wie man in Kulturkampfzeiten handeln muß. Sie werden damit aber auch vollenden, was bereits von einzelnen ihrer Parteiorgane, dem „Hegauer Erzähler“, dem „Heidelberger Tagblatt“, schon oft gesagt worden ist, daß sie die Katholiken, welche noch in ihren Reihen sind, systematisch zu uns herübertreiben. Wir beklagen den Kulturkampf im Interesse des Friedens, des Vaterlandes und der Religion. Wir können ihn aber nicht hindern, wenn Sie uns zum Kampfe zwingen. Sie können es dann der katholischen Geistlichkeit nicht verübeln, wenn es sich um ihre höchsten Güter handelt, die sie zu verteidigen hat, daß sie bereit und entschlossen wie ein Mann in diesem Punkte zusammensteht. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Koll: Darüber kann nach den Erhebungen, die durch die Großh. Regierung im Bonndorfer Bezirke gemacht wurden, gar kein Zweifel mehr sein, daß man es mit sehr starken Ausschreitungen katholischer Geistlicher zu tun hat, durch welche die Wahl bzw. die Wähler beeinflusst wurden. Daß diese Vorkommnisse nicht vereinzelt, sondern Ausfluß eines förmlichen Systems sind, darüber besteht bei der Mehrheit des Hauses ebenfalls kein Zweifel. Die katholischen Geistlichen gehen über die ihnen als Staatsbürger zukommenden Rechte hinaus und mißbrauchen ihre geistliche Autorität, um einer bestimmten Partei Vorteile zu verschaffen. Es sind sicher noch mehr Dinge vorgekommen; ich glaube, daß wir nur von wenigen Kenntnis bekommen haben. Nur diejenigen, die so viel Selbständigkeit besitzen, um sich gegen die Tyrannei zu wehren, haben wir gehört; die anderen schluckten es schweigend hinunter. Unsere Partei ist es besonders, die unter dem Mißbrauch der geistlichen Amtsgewalt zu leiden hat. Dadurch, daß Geistliche den Stimmzettelträger und den Schlepper markieren, und uns Versammlungslokale entziehen, ist es uns unmöglich, zu einem großen Teil der Wähler zu sprechen. So z. B. wollten wir an einem Orte, festsetten bei Bonndorf, eine Versammlung abhalten und hatten uns bereits mit dem Wirt in Verbindung gesetzt, der uns ohne weiteres das Lokal zur Verfügung stellte. Einige Tage später kam aber folgender Brief an unseren Vertrauensmann:

„Herrn Dahier.

Auf Ihre heutige Anfrage, betreffend Versammlung, muß ich leider mitteilen, daß es mir unmöglich ist, diese in meinem Lokal abhalten zu lassen. Denn, wie ich schon gesagt habe, daß bei der am Sonntag den 13. d. M. abgehaltenen Versammlung des Volksvereins mir aufgetragen wurde, wenn ich eine andere, entgegengesetzte Versammlung in meinem Lokal abhalten lasse, so könne der Volksverein nicht mehr in meinem Lokale eine Versammlung abhalten. Und da mir von der Gemeinde angebotenen Bürgern mitgeteilt wurde, soll Ihr Verein schon an verschiedenen Orten abgewiesen worden sein. Da ich nun auch denke, weil der Volksverein meistens von hiesigen Bürgern vertreten ist, so muß ich auch selbstverständlich auch dieses vorziehen. Es ist mir wirklich leid, Ihre Versammlung ablagen zu müssen, aber ich muß mich doch erstens mit dem Gemeinderat und sonstigen Vorgesetzten etwas im reinen Uebereinkommen sein. Mir ist jeder Gast ohne Unterschied willkommen und kann ich also, um keine Verletzung des Volksvereins zu verursachen, nicht anders machen. Bitte deshalb um gütige Entschuldigung und mir deshalb nicht fernzubleiben. In der Hoffnung, daß mir dadurch kein Haß nachgetragen werde, grüßt Sie und Ihre Kollegen“ folgt Name.

(Zuruf von einem Zentrumsabgeordneten: Diese Sache ist längst richtig gestellt!) Ich habe noch einen weiteren Fall, in dem uns der katholische Volksverein ungebührlicherweise vorgezogen wurde. Wir hatten bereits die Zusage von dem Wirt, bekamen aber wenige Tage darauf von demselben folgenden Brief:

„Festsetzen, den 25. Juli 1905.

Herrn Dahier.

Auf Ihre Anfrage vom Sonntag muß ich Ihnen mitteilen, daß es mir leider unpassend ist, in nächster Zeit Ihre Versammlung anzunehmen, indem meine Frau dem Herrn Pfarrer schon auf eine Versammlung versichert hat vor 8 Tagen. Auf genaues Befragen, auf welche Zeit diese käme, soll dies auch in Wälde, jedoch aber der Tag noch nicht bestimmt angegeben werden. Deshalb wäre es für Sie wie auch für mich am geeignetsten, wenn Sie sich

um einen schon bestimmten Saal befragen würden. Es wäre für mich sehr unangenehm, wenn beide zusammen kommen würden. Bitte deshalb mir nicht zu zürnen, indem mir stets jeder Gast willkommen ist. Ich möchte eben nichts versprechen und nicht sicher halten.

Mit freundschaftlichem Gruß“

folgt Name.

Der Herr Pfarrer hat ausdrücklich zugegeben, daß er das Lokal für den Volksverein gemietet habe. Er hat aber den Termin für die Miete nicht festgesetzt. Er war so schlau, den Saal auf unbestimmte Zeit zu mieten, damit der Wirt gar nicht in die Lage kommen könnte, ihn den Sozialdemokraten abgeben zu müssen.

(Gegen das Zentrum): Mit solchen Mitteln arbeiten Sie, und wenn man noch andere, ähnliche Fälle dazu nimmt, so bekommt man ein eigenartiges Bild von Ihrem glorreichen Erfolge vom 19. Oktober vorigen Jahres.

In Wellerdingen bei Bonndorf hat einer meiner Parteigenossen gesprochen. Da sind gleich zwei Geistliche aufgetreten und haben die Zuhörer angeredet: „Meine lieben Pfarrkinder!“ Daß das eine Beeinflussung ist, die sehr wirksam ist, unterliegt keinem Zweifel. Wir wollten einmal sehen, was geschehe, wenn ein Oberamtmann in dieser Weise in einer Versammlung auftreten würde. Auch sonst wird in derselben Weise gearbeitet. Wir haben in der Nähe von Mastatt ein Lokal gemietet. Der Wirt ist standhaft geblieben, obwohl der Geistliche wiederholt versucht hat, ihn davon abzubringen. Der Geistliche schrieb später in der „Mastatter Zeitung“, daß dort der Militärverein sein Lokal hätte und daß es ein eigenartiges Verhalten von dem Wirt sei, das Lokal auch den Sozialdemokraten zu geben. Allein einer solchen Toleranz gegenüber würde der Volksverein schon wissen, was er zu tun habe.

Das ist katholische Toleranz. Der Herr Abg. Schofer hat soeben gesagt, daß die Geistlichen gezwungen waren, in der Weise gegen andere Parteien vorzugehen, weil wir uns im Stadium eines neuen Kulturkampfes befänden. Das, was er als Beweise vorgebracht hat, war so gering (sehr richtig!), daß man sich wundern muß, wie er dazu den Mut hat. Aus allen möglichen Zeitungen hat er Sätze aus dem Zusammenhang herausgerissen, uns vorgelesen und damit beweisen wollen: Unter anderem, daß Böhlingk gesagt habe, die schwarzen Nachtvögel müßten heraus aus Deutschland; Herr Schofer hat die Bemerkung daran geknüpft, der gute Wille dazu sei ja schon vorhanden. Ich lege solchen Äußerungen Böhlingks gar keine Bedeutung bei. Der Mann übertreibt nicht nur im Kampfe gegen den Ultramontanismus, sondern auch auf verschiedenen anderen Gebieten. Was würde der Herr Dr. Schofer sagen, wenn ich hier den Syllabus zitieren wollte und erklären: Der gute Wille ist vorhanden, so zu handeln, wie es ihm Syllabus steht, aber es fehlt die Macht dazu. Ich siehe auch auf dem Standpunkt, was Böhlingk hier sagt, ist ungeheuerlich. Es ist gar nicht denkbar, daß man etwa auf den Gedanken kommen könnte, die Katholiken aus Deutschland hinauszujagen. Solche lächerlichen Übertreibungen richten sich von selbst, und wenn Sie derartige Dinge benützen, um das katholische Volk auf die Schanze zu rufen, so beweisen Sie, wie Sie arbeiten, und zu welchen Mitteln Sie greifen müssen, um ihren sogenannten glorreichen Sieg zu erringen. Bei Ihnen wird nachträglich alles als Kulturkampf erklärt. Wenn man sich gegen den Waderschen Erlaß in bezug auf die Presse richtet, so ist das auch Kulturkampf. Sie stellen die Behauptung hier allerdings nicht auf, weil Sie wissen, daß Sie sich lächerlich machen würden, aber drau-

ßen in der Versammlung und in der katholischen Presse wird damit agitiert. Das ist in der katholischen Presse mehr als einmal gesagt worden. Wenn man sich gegen Erlasse richtet, die in einzelnen Kapitalkonferenzen gefaßt werden, so ist das Kulturkampf; wenn man früher für die Zivilehe eingetreten ist, so ist das Kulturkampf gewesen. Sie haben alles und jedes, was Ihnen nicht paßt, unter den Begriff des Kulturkampfes eingereiht, und damit arbeiten Sie beim katholischen Volk, damit wird es aufgeregt, und damit werden Ihre Wahlen gemacht. In dem Augenblick, wo Sie mit derartigen Mitteln nicht mehr arbeiten würden, wo die rein politischen und wirtschaftlichen Fragen bei Ihnen den Ausschlag geben würden, da würde es mit dem glorreichen Erfolg sehr mies aussehen. (Seiterkeit.)

Die Herren stellen die Sachen so dar, als würde es sich hier um keinen Gewissensdruck handeln, als würden die katholischen Geistlichen einfach ihre Pflicht ausüben. Ja, meine Herren, wenn ein Geistlicher, der von Jugend auf die Leute kennt, der einen Einfluß hat in der Gemeinde, wie kein anderer Mensch, wenn ein solcher wochen- und monatelang auf die Wähler einen Druck ausübt, wenn er ihnen sagt: Ihr müßt so wählen, sonst kommt ihr nicht in den Himmel, sonst muß ich Euch die Gnadenmittel der Kirche verweigern, ja, was tun die Leute denn anders, als das Zentrum zu wählen, und zwar weil sie die Sache ernst und tragisch nehmen, und glauben, es entstehen daraus eventuell, wenn sie es nicht tun, bedenkliche Konsequenzen? Ich wollte einmal sehen, was Sie sagen würden, wenn ein Oberamtmann sich nur den zehnten Teil dessen zu Schulden kommen ließe, was der Herr Pfarrer Gaisert getan hat, und ich möchte wissen, ob Sie den Brief auch so harmlos deuten würden, wenn ihn ein Nationalliberaler oder ein Sozialdemokrat geschrieben hätte. Ich möchte dann einmal die Zentrums Presse lesen. Sobald dem Zentrum ein Malheur passiert, dann werden die Dinge unter einem ganz anderen Gesichtswinkel betrachtet. Die politische Tätigkeit der katholischen Geistlichen war früher nicht in dem Maße vorhanden, obwohl sie früher vielleicht nach dem, was der Herr Abg. Schofer vertreten hat, notwendiger gewesen wäre. Was wird heute denn den Katholiken in den Weg gelegt? Sind sie nicht so frei, wie jeder andere Staatsbürger? Ich meine, man sollte das katholische Volk nicht fortwährend in diese Angst hineinheizen, wie das mit den Mitteln geschieht, die gerade bei den letzten Wahlen in Anwendung gekommen sind.

Nun möchte ich bemerken, daß wir in bezug auf den Einfluß, den die Geistlichen und Beamten ausüben, auf einem konsequenten Standpunkt stehen. Wir machen zwischen dem Oberamtmann und dem Geistlichen keinen Unterschied. Wir erklären, daß innerhalb seines amtlichen Wirkungskreises der Geistliche sowohl, wie der Verwaltungsbeamte sich einer direkten Beeinflussung der Wahl zu enthalten haben. Das erfordert der Takt und wir gehen davon nicht ab. Wenn der Herr Abg. Rebmann gemeint hat, wie soll das im sozialdemokratischen Zukunftsstaat werden, so vergißt er, daß mit der Entwicklung der Demokratie und mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Freiheit des Einzelnen der Einfluß des Beamten genau so eingeschränkt wird, wie der des Geistlichen. Der Beamte kann seinen Einfluß nicht mehr so ausüben, wenn er vom Volke abhängig ist und von ihm gewählt wird. Dann ist er nicht mehr der Vollzugsvollstrecker des Willens des Ministers oder der Bürokratie, sondern er hat den Willen des Volkes zu vertreten.

Der Herr Abg. Zehner hat bei dieser Gelegenheit den Zuruf gemacht: „Ja, im Zukunftsstaat da wird es ganz

anders sein!" Nun, der Herr Abg. Zehner macht alle Augenblicke solche Bemerkungen über den Zukunftsstaat. Ich meine, es wäre für ihn besser, er und die Herren da drüben, würden sich um ihren katholischen Gegenwartsstaat etwas besser kümmern; da sieht es so traurig aus, daß Sie dann wahrscheinlich gar keine Zeit mehr finden würden, sich um den sozialdemokratischen Zukunftsstaat zu kümmern, den wir angeblich erstreben. Borerst haben wir ihn noch nicht. Zunächst haben wir damit zu tun, gründlich mit dem Unrat aufzuräumen, der sich in katholischen Gegenwartsstaaten angesammelt hat. (Sehr richtig!)

Nun zum Herrn Abg. Kopf, dem ich auch einige Worte widmen möchte. Er hat erklärt, daß die katholische Geistlichkeit nicht unter einem gewissen moralischen Drucke stehe, daß sie vielmehr aus freier Ueberzeugung handle. Meine Herren! Neulich ist ein Brief durch die Presse gegangen, den ein katholischer Geistlicher an seinen Freund geschrieben hat; wenn ich nicht irre, war dieser Freund Redakteur des Stuttgarter „Beobachter“. Aus diesem Brief geht klar und deutlich hervor, daß die katholische Geistlichkeit von oben herunter unter einem moralischen Druck steht und daß ihre Angehörigen gezwungen werden, sich politisch zu betätigen. Denn wenn sie das nicht tun, dann kommen sie leicht in den Verdacht, eine liberale Gesinnung zu haben — und das ist so ziemlich das Schlimmste, was einem katholischen Geistlichen nachgesagt werden kann. Dann kann es ihm schließlich so gehen, wie dem Pfarrer Honold von Bonndorf: er wird ausspioniert und überwacht, damit man irgend etwas findet, womit man ihm bekommen kann. Es gibt nur ganz wenig katholische Geistliche, die sich nicht an der politischen Agitation beteiligen und diese wenigen nehmen gewöhnlich einen ganz anderen Standpunkt ein. In Wörth war ein Geistlicher, der bei seinem Amtsantritt erklärte: Ich werde mich nicht in die politischen Angelegenheiten hineinmischen, ich will Frieden mit meiner Gemeinde haben — und als die Wahlagitatio anging, war er einer der Tollsten und, um den Grund dieser Gesinnungsänderung befragt, erklärte er, ja, die Gemeindeverhältnisse sind ganz andere geworden, man muß sich eben politisch betätigen. Meine Herren, die Verhältnisse waren gerade so wie vorher — er, der Pfarrer, wird wahrscheinlich von irgend woher einen Wink bekommen haben, oder es mag ihn der Ukas des Herrn Pfarrers Wacker veranlaßt haben, seine Anschauungen in dieser Beziehung zu ändern.

Es ist auch durchaus unrichtig, wenn das Zentrum sagt, es sei keine konfessionelle Partei. Warum betont es denn immer seinen konfessionellen Standpunkt? Ihre ganze organisatorische Tätigkeit, meine Herren, ist eine rein und ausschließlich konfessionelle: Sie wollen alles konfessionell organisieren, Sie wollen die Katholiken von allen übrigen absondern, damit sie ganz ausschließlich unter dem Einfluß der Parteihäuptlinge des Zentrums und der Einwirkung des Geistlichen stehen. Darin hat der Herr Abg. Kopf recht: Religion und Politik lassen sich, so wie die Dinge heute bei uns liegen, nicht gut trennen, und da hat er auch die Konsequenz auf seiner Seite. Inkonsequent sind hier die Nationalliberalen, die immer meinen, der Katholizismus würde sich einmal so gestalten, wie sie ihn gern haben möchten. (Sehr richtig!) Das wird nie kommen; wenn Sie die Uebelstände, die Sie beklagen, beseitigen wollen, dann müssen Sie die Konsequenz ziehen, mit uns gehen und sorgen dafür, daß ein Volk herangezogen wird, das einem derartigen Einfluß standhält, das nicht Fälle sich ereignen, wie sie bei der letzten Wahl vorgekommen sind. Ein vernünftiges und aufgeklärtes Volk läßt sich nicht von katholischen Geistlichen unter eine geistige Tyrannei spannen, wie es gegenwärtig leider noch bei einem großen Teile der Fall ist.

Meine Herren! Der Herr Abg. Kopf hat auf Frankreich hingewiesen; er hat gesagt, dort herrsche eine Tyrannei, und soweit werde es kommen, wie in Frankreich, sobald die Kirche von dem Staat getrennt werden. Meine Herren, ich wollte, die katholische Kirche wäre so tolerant, wie man in Frankreich ist. In Frankreich hat man allerdings eine konfessionslose Moral, ob diese mit der katholischen Moral konkurrieren kann, das will ich nicht entscheiden, das wird sich später zeigen. So gut wie die Liqurimoral wird sie wohl sein, den Vergleich mit dieser wird sie wohl aushalten können. Aber auf einen Punkt wird auch hingewiesen werden dürfen: In Frankreich ist in jeder Woche ein ganzer Tag frei, damit diejenigen Eltern, welche das Bedürfnis empfinden, ihre Kinder religiös zu unterrichten oder unterrichten zu lassen, dazu Gelegenheit haben; ich weiß nicht, ob bei uns die katholische Kirche, wenn sie die Macht hätte, das gleiche Zugeständnis machen würde; ob sie so weit entgegen käme — in Tirol läßt sie ja nicht einmal die Protestanten eine Kirche bauen (verschiedene Zursufe). (Nedner auf einen Zursuf eingehend): Die zu unserer Orthodorie zählen, brauchen einander wirklich keine Vorwürfe zu machen, da ist einer wie der andere. In Baden würde man vielleicht — wenn man zu diesem System überginge, einen Tag Unterrichtszeit für Religion frei zu geben — den Tag für die Wahlvorbereitung ausnützen. Es ist ja schon bisher nicht selten vorgekommen, daß an einem Tag der Religionsunterricht ausgefallen ist, weil der Herr Geistliche allzu sehr mit Wahlangelegenheiten beschäftigt war. Ich meine, es sind die Tatsachen nicht wegzustreiten, die uns bekannt geworden sind, daß die katholische Geistlichkeit sich in ganz unerhörter Weise in die politischen Angelegenheiten hineinmischte und nicht allein, indem sie sich an den politischen Vorgängen beteiligt — dagegen würde niemand etwas einwenden —, aber indem sie ihre ganze Gewalt, ihre Autorität mißbraucht, um einer bestimmten Partei Vorteile zukommen zu lassen. Stellen Sie sich einmal vor, jüdische Rabbiner oder protestantische Pastoren würden in derselben Weise agitieren, wohin sollte das im politischen Leben führen? Man könnte nicht mehr mit einander existieren.

Der Herr Abg. Kopf hat dann, nicht mit Unrecht und sehr geschickt, darauf hingewiesen, wie die Nationalliberalen sich manchmal den gleichen Fehler zu Schulden kommen lassen, indem sie den konfessionellen Gesichtspunkt hervorkehren, indem sie namentlich bei den Wahlen den guten Katholizismus ihrer Kandidaten preisen.

Ich habe das schon oft verurteilt — schon aus dem Grunde, weil es gar keinen Wert hat —; ein Wähler, der bei der Wahl, bei einer so allgemein eminent weltlichen Angelegenheit, einen so großen Wert auf die Konfession des Kandidaten legt, wählt doch in 99 Fällen lieber gleich den Zentrumsmann und nicht den Nationalliberalen, weil er bei dem ersten am sichersten ist, daß der gut katholisch sei. Wenn die Nationalliberalen sich auf ihre Prinzipien beschränken und dieselben mit Energie und Konsequenz vertreten, nützt ihnen das viel mehr, als wenn sie den Konfessionalismus hervorkehren und den Herren vom Zentrum billige Gelegenheit geben, ein derartiges Vorgehen ganz berechtigtweise zurückzuweisen. Es hat ihnen auch das Flugblatt wenig genügt, das in demjenigen Bezirke ausgegeben wurde, in dem mein Kollege Frank aufgestellt war. (Zursufe: nicht deutlich verstanden.) Die Leute haben einfach gelacht, wie sie es gelesen haben; denn damit fängt man heute in der Stadt keine Wähler mehr, daß man an ihre Religion appelliert, und ihnen mit der Gefahr des sozialdemokratischen Zukunftsstaates Angst macht. Die Zentrumswähler haben

die Hochzeitsfackel dennoch nicht ergriffen und für meinen Freund Frank gestimmt. (Seiterkeit.)

Dann hat der Herr Abg. Kopf die politische Tätigkeit der Geistlichen damit zu entschuldigen gesucht, daß er gesagt hat: Wenn die Sozialdemokraten auf das Land hinausziehen und die Revolution predigen, dann sei es die Pflicht des Geistlichen, ihnen entgegenzutreten und im staatsbehaltenden Sinne zu wirken. Abgesehen nun davon, daß die Geistlichen das noch in keiner Weise getan haben — soweit ich Vorträge gehalten habe, habe ich Vertreter der katholischen Geistlichkeit in meinen Versammlungen nicht gesehen, geschweige denn, daß sie mir entgegengetreten wären — haben wir auch die Revolution, von der Herr Kopf da gesprochen hat noch nie gepredigt, wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß man mit Mitteln der Agitation eine Revolution machen könne und wir haben in Deutschland noch nie auf dem Standpunkt gestanden, daß man eine Revolution heraufschwören solle. Ich will auf dieses Thema hier nicht weiter eingehen, sondern nur darauf hinweisen, daß es in Frankreich katholische Geistliche waren, die zur Revolution aufgefordert haben, als man gesetzgeberisch gegen die Kongregationen und gegen die Klöster vorging. Wenn man auf dem Standpunkt steht wie der Herr Abg. Kopf und ihn prinzipiell vertritt, dann muß man ihn auch in Frankreich vertreten; dann darf die Geistlichkeit nicht dort zu Gewalttaten aufreizen, wenn ein Gesetz gemacht wird, das ihr nicht in den Kram paßt.

Dann hat der Herr Abg. Kopf in etwas nachsichtiger Weise von dem Gebetbuch des Herrn Pfarrers gesprochen. Was können wir dafür, meint er, was Pfarrer Keller schreibt, das ist eine „Privatleistung“. Ja, der „Baldmichel“ ist dann wohl auch eine Privatleistung? Dann steht sich wohl das ganze System, das wir hier bekämpfen, aus lauter „Privatleistungen“ zusammen. Wenn wir Sozialdemokraten hier unseren Standpunkt vertreten, dann kommt der Herr Abg. Zehnter — aber nicht mit Privatleistungen von Karl Marx, Engels oder Lassalle, die hat er wahrscheinlich gar nicht gelesen — nein, er kommt mit den Leistungen eines Fischer, eines verklumpten Mannes, der früher einmal Sozialdemokrat war, nun aber aus der Partei ausgetreten ist und mit Unwahrheiten behen geht. Derlei Leute sind gerade gut genug, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen, ihre Leistungen sind keine Privatleistungen. Wenn man aber kommt und mit Zitaten aus Werken operiert, die von Autoritäten der katholischen Kirche stammen, dann kommt man und sagt, das ist eine Privatleistung, die geht uns gar nichts an. Aber dieselben Herren stehen hin und erklären mit tiefer sittlicher Entrüstung: Ihr habt Böthlingt an den Rockhöfen, Ihr seid schuld, daß ein Böthlingt so agitieren kann, und sie machen die nationalliberale Partei für Böthlingt verantwortlich und uns für den Korbmacher Fischer.

Meine Herren, es ist auch gar nicht richtig, daß man katholischerseits die anderen Konfessionen so ungeschoren läßt. Vor einigen Wochen ist in einem ihrer Unterhaltungsblätter, das ihren Zeitungen beigelegt wird, dem „Christlichen Familienblatt“, eine Notiz gewesen, die Antwort gab auf die Frage: Was ist protestantisch? Da hieß es: Protestantismus kommt von protestieren; die Leute protestieren gegen die Gottheit Christi und protestieren gegen alle Heilswahrheit der katholischen Kirche. So werden die Leute durch ihre Blätter aufgeklärt über Protestantismus, so wird Toleranz geübt, meine Herren. Wenn es überall so zuginge, wie hier im Parlament, dann wäre es schön. Aber so wird im Lande draußen gesprochen und so schreiben Ihre Zeitungen nicht; da geht es anders zu. Und wenn Sie weiter sagen, daß jeder

gute Katholik moralisch verpflichtet ist, das Zentrum zu wählen, meine Herren, was sagen Sie zu den über 50 Prozent Katholiken, die in dem Bezirk Meßkirch nicht für das Zentrum gestimmt haben? Sind die Hunderttausende und Millionen Katholiken in Deutschland, die nicht das Zentrum wählen, keine Katholiken? Dann ziehen Sie doch auch die Konsequenz und erklären Sie: Wir anerkennen sie nicht mehr als Katholiken, dann verlangen Sie auch kein Geld mehr von ihnen. (Sehr richtig.) (Abg. Zehnter: Sie können ja austreten!) Aber das Geld riecht eben nicht; ob es von Katholiken oder Nichtkatholiken stammt, wenn es nur da ist.

Meine Herren, Sie sollten sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß ein Unrecht ausgeübt wird, wenn Wahlen wie die Bonndorfer für ungültig erklärt werden. Meine Partei stellt sich auf den Standpunkt, jede Wahl rücksichtslos für ungültig zu erklären, bei welcher solche Mittel, wie sie bei der Bonndorfer Wahl angewendet worden sind, zur Anwendung gelangen. Wir sind überzeugt, daß das das einzige Mittel ist, um dem skandalösen Unfug, wie er von der katholischen Geistlichkeit bei den letzten Wahlen verübt worden ist, ein Ende zu machen. (Bravo!)

Abg. Muser: Ich kann nicht umhin, schon heute einigen der allerwesentlichsten Einwände zu begegnen, die gerade an meine Adresse gerichtet waren. Ich möchte mir aber das nähere Eingehen auf die einschlägigen Punkte für später vorbehalten.

Der Herr Kollege Kopf hat zunächst gesagt, das Zentrum sei schon um deswillen keine konfessionelle Partei, weil auch jeder Protestant ohne weiteres bei ihm unterkommen könne. Meine Herren, ich will an dieser Stelle nicht näher darlegen, wie es in Wahrheit mit der sogenannten Toleranz bestellt ist. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß wenn ein Mann, wie Pfarrer Gaisert, bei seiner Einnahme ausdrücklich erklärt hat: „Der katholische Geistliche betrachtet alles, auch das Wählen, vom Standpunkt der katholischen Religion aus“, und wenn Sie andererseits — ich habe es Ihnen vorgelesen — betrachten, daß die „Freie Stimme“, ein Zentrumsorgan, ohne daß dagegen irgendwie von Zentrumsseite eingeschritten worden wäre, vor den Wahlen geschrieben hat: „Wählt keinen Protestanten!“ dann genügt das schon, um die Behauptung des Herrn Kollegen Kopf zu widerlegen.

Sodann wundert man sich, daß ich bei diesem Anlaß so aggressiv vorgegangen sei. Ich will über die Gründe, die zu einer Aenderung der Taktik unserer Partei führen mußten, nicht sprechen. Prinzipiell stehen wir und stehe ich auf demselben Standpunkt, auf dem ich von jeher gestanden bin, was ich Ihnen nachweisen kann. Ich möchte aber doch mit aller Entschiedenheit betonen, daß noch nie, seit ich die Ehre habe, dem badischen Landtag anzugehören, eine derartig heillose, einen geradezu öffentlichen Skandal darstellende Haltung eines Klerikers, wie der Fall Gaisert, dem Hohen Hause unterbreitet worden ist. Wenn das je geschehen wäre, seien Sie fest überzeugt, daß wir Demokraten, und ich insbesondere, es für unsere Pflicht gehalten hätten, gegen eine derartig mißbräuchliche Anwendung der beruflichen Stellung zur Beschränkung eines Bürgers in seinem Rechte der Wahlfreiheit aufzutreten, wie wir es immer für unsere Pflicht gehalten haben, zu rügen, wenn da und dort ein Erzkeß seitens eines Beamten zu konstatieren war.

Der Herr Kollege Kopf hat ausgeführt, daß Religion und Politik gar nicht getrennt werden könnten, daß also mit anderen Worten die Verquickung von Religion und

Politik etwas ganz Naturgemäßes und Notwendiges sei. Mit dieser Behauptung steht aber der offizielle Wahlauf-
ruf der Zentrums-Partei völlig in Widerspruch. Es heißt
da ausdrücklich: „Die Vermengung rein religiöser und
kirchlicher Dinge mit politischen spielt bei uns in Baden
seit einer Reihe von Jahren eine sehr große Rolle.“ Ich
glaube, das in den Satz umkleiden zu dürfen: „Politik
und Religion sind bei uns in Baden seit einer Reihe
von Jahren eben nicht getrennt.“ Man fährt dann fort:
„Wir haben stets ein Uebel darin erblickt und dagegen
angekämpft.“ Es wird also hier als Grundsatz erklärt,
programmatisch und partei-offiziell, daß man die Verbin-
dung von Religion und Politik für ein Uebel halte und
dagegen ankämpfe. Und der verehrte Herr Kollege Kopf
will uns heute nachweisen, daß es ohne diese Verquickung
nicht gehe.

Indes kommt es darauf gar nicht so sehr an. Wo-
gegen wir aber mit aller Entschiedenheit auftreten müssen,
das ist das, daß bei diesen Wahlarbeiten der konfessionelle
Fanatismus erregt wird, und daß insbesondere die Sache
so dargestellt wird — ich nehme von diesen meinen
Ausführungen kein Wort zurück — daß es katholische
Gewissens- und Glaubenspflicht sei, nicht bloß ein guter
Katholik zu sein, sondern dem Zentrum, also einer an-
geblich politischen Partei anzugehören und in Betätigung
seiner religiösen Pflicht einen Zentrumszettel abgeben zu
müssen. Das ist das Verwerfliche in meinen Augen und
das Gefährliche. Und in welcher Weise gerade von
autoritativer kirchlicher Seite die Herren Kleriker als die
berufsmäßigen Agitatoren der Zentrums-Partei angesehen
werden, das beweist der bekannte Wahllukas der Zentrums-
partei, unterschrieben von dem früheren Herrn Kollegen
Bader. Nicht in dem Sinne habe ich behauptet, wie
der Herr Kollege Kopf es gemeint hat, daß dieser Lukas,
wie auch andere, nur an die Herren Geistlichen ergangen
wäre. Ich habe den Schwerpunkt meiner Ausführungen
dareingelegt, daß man es von Seiten des Zentralaus-
schusses der Zentrums-Partei für recht hielt, ohne weiteres
in jedem Geistlichen einen berufsmäßigen Zentrums-
agitor erblicken zu dürfen, an den sich zu wenden man
das Recht habe, wenn man Zentrums- agitation von ihm
verlange, ohne daß man irgendwie das nötig habe, bei
ihm vorher anfragen zu lassen, ob er Mitglied der
Zentrums-Partei ist. Nun, auch dieser Lukas wird ja bei
der Interpellation wohl eine Rolle spielen; nur nebenbei
sei er hier angerufen. Beachten Sie die ganz unwider-
legliche Tatsache, daß dort von dem Geistlichen verlangt
wird, er soll von der Kanzel herunter für die Zentrums-
presse eintreten, von der man mit Recht sagt, daß sie ein
wesentliches Mittel der Agitation sei, und dies in voller Ueber-
einstimmung mit der kirchlichen Regierung, von der ich
gestern gewiß sagen durfte, sie müßte sich konsequenter-
weise derselben Zurückhaltung befleißigen, die man von
der weltlichen Regierung mit Fug und Recht verlangt.
Der Schwerpunkt liegt also darin, daß diese Zentrums-
agitation von der Kanzel herunter erfolgen sollte, als ob
die Kanzel eine Tribüne in einem Klublokal der Zentrums-
partei wäre und nicht der Ort, von dem aus die Gläu-
bigen das Wort Gottes, wenn sie am Sonntag in die
Kirche kommen, hören wollen. Ich möchte Sie fragen,
welches Geschrei würde sich in Ihren Reihen erheben und
mit Recht, wenn etwa von den protestantischen Kirchen-
behörden oder von Seiten der liberalen Partei den sämt-
lichen protestantischen Pfarrern als solchen das Anfechten
gestellt worden wäre, sie sollten von der Kanzel herunter
für die protestantische Presse oder gar für die liberale
Presse in die Schranken treten?

Soviel, was diesen Lukas anbelangt, der sehr deutlich
und charakteristisch zum Ausdruck bringt, was wir be-

hauptet haben, daß man sich für berechtigt hält, ohne
weiteres jeden katholischen Geistlichen als den richtigen
Adressaten betrachten zu dürfen, von dem man zu ver-
langen berechtigt ist, daß er als Geistlicher und zwar
auch in der Kirche politische Agitation und politische
Propaganda treibt. Ob das eine Unterstützung des
religiösen Lebens ist, das entscheiden Sie selbst. Ich bin
keinen Augenblick in Zweifel darüber, welche Antwort
derjenige gibt, der im Innern seines Herzens wirklich
tief religiös empfindet.

Es ist von einem Gebetbuch gesprochen worden. Der
Herr Abg. Kopf hat gesagt, was könnte das Zentrum für
das, was dieser Pfarrer Keller in sein Gebetbuch hinein-
schreibt! Ich würde mich sehr freuen, wenn die Herren
direkt gesagt hätten, wir verurteilen es, was darin steht
und wenn Sie von dieser theoretischen Beurteilung dazu
übergangen, die praktischen Konsequenzen daraus zu ziehen.
(Zwischenruf vom Zentrum: Keine Gelegenheit dazu.)
Sie haben doch Leute, die einen Geistlichen, der etwas
tut, was er nicht tun soll, zur Rechenschaft ziehen können.
Der Schwerpunkt aber liegt darin, daß dies Gebetbuch
herausgegeben worden ist mit Genehmigung der geistlichen
Obrikeit. (Abg. Dr. Schofer: Von welchem Bischof?)
Das steht da nicht, ich kann aber nicht annehmen, daß der
Pfarrer Keller über das vorliegende Gebetbuch schreibt: mit
Genehmigung der geistlichen Obrikeit, wenn er etwa diese
Genehmigung nicht gehabt hat. (Abg. Dr. Schofer: Es
handelt sich darum, den betr. Ordinarius zu kennen.)
Den kenne ich nicht; aber verschonen Sie sich doch nicht
so sehr hinter derartigen Dingen, wenn Ihnen der Inhalt
dieses Buches auch noch so un bequem ist. Es ist ge-
schrieben, es wird gelesen und ein Protest von obrig-
keitlicher Seite ist nicht erfolgt. Was die Ausgabe von
Gebetbüchern anbelangt, da sind die kirchlichen Oberen
befugt, wenn sie wollen, diese zu verbieten.

Ich habe Ihnen auch aus dem christlichen Familienblatt
die Belege dafür erbracht, daß wirklich von Zentrums-
wegen systematisch darauf ausgegangen wird, die Er-
füllung eines Aktes, der auf rein politisch begründeter,
innerer selbstgewonnener Ueberzeugung basiert sein sollte,
zu einem Akt konfessioneller Gehorsamsleistung zu stempeln.
Ich habe ferner darauf hingewiesen, und es hat niemand
etwas dagegen einzuwenden vermocht, daß man im letzt-
genannten Blatt, dessen Redakteur auch ein geistlicher
Herr ist, verlangt hat, die Frauen und Mütter sollten
ihre Männer überreden. Sonst habe ich immer gehört,
daß Sie sagen, die Frau sei dem Manne untertan, hier
aber wird das Verhältnis geändert. Es scheint doch
wahrhaftig, daß manchmal die Politik dem Charakter
nicht ganz förderlich ist.

Ich habe an Sie — zum Zentrum — die Frage ge-
richtet, und möchte Sie wiederholen, würden Sie nicht
mit uns den schärfsten Protest dagegen erheben, wenn
irgendwo ein Amtmann oder ein Oberamtman mit libe-
ralem Wahlmaterial von Haus zu Haus gegangen wäre,
wenn er sogar die Zeit seiner Erholung, also die Zeit,
in der der Herr Pfarrer Gaisert von Sündelwangen seine
Spaziergänge gemacht hatte, dazu benutzte hätte, die Leute
zu besuchen, würden Sie dann nicht sagen, ja, das ist
eben nicht bloß die Ausübung eines staatsbürgerlichen
Rechtes, sondern selbstverständlich der Versuch, durch den
Einfluß der beruflichen Stellung des betreffenden Beam-
ten das Wahlergebnis in einer bestimmten Richtung zu
beeinflussen? Ich habe auch die Wahlvorgänge verfolgt und
muß sagen, es ist mir wenigstens nicht zu Ohren gekom-
men, daß diesmal von Seiten der Beamten in unzulässiger
Weise in die Wahlagitation eingetreten worden ist. Ich
sage: es ist mir nicht zu Ohren gekommen, und ich meine,

das Verhalten des Herrn Ministers des Innern ist ja auch sehr sprechend. Hat er doch sogar den Herrn Kollegen Wacker bereits zum Amtmann ernannt. (Große Heiterkeit!) Sie sehen: mehr können Sie doch wirklich nicht verlangen. (Heiterkeit).

Der Herr Kollege Schofer ist dann selbstverständlich auf seine gewaltige Leistung eingegangen. Es ist nicht die Zeit und nicht der Ort, ihm die erschöpfende Antwort zu geben. Sie können versichert sein, daß das noch folgen wird, wenn auch von anderer Seite.

Ich muß aber mit dem Herrn Kollegen Kolb doch bemerken, daß, wenn man dieses Elaborat verteidigen wollte, der geehrte Herr Kollege Schofer hier ein außerordentlich schlechter Verteidiger gewesen ist. Dagegen würde ja niemand etwas einwenden, wenn jemand etwa eine Geschichte des Kulturkampfes zu schreiben beabsichtigt, und wenn er von einem bestimmten Standpunkt aus, an dem Kritik übt, was da alles geschehen ist. Also dagegen wäre an sich nichts einzuwenden, aber man kann allerdings auch verlangen, daß, wenn jemand Geschichte schreibt, er das elementarste Gebot einer wirklichen Geschichtsschreibung beachtet, das ist die Wahrhaftigkeit! Aber dieser „Waldmichel“ ist nicht geschrieben worden, um hier rein objektiv, selbst von einem bestimmten Parteistandpunkt aus, hier einen Teil unserer Geschichte zu reproduzieren, sondern er ist geschrieben worden, um das katholische Volk in den nötigen Fanatismus und nötige Siebehtigkeit konfessioneller Erregung hinein zu bringen, um damit die bevorstehenden Wahlen zu beeinflussen, als ob es sich nicht um die Beurteilung eines vergangenen Kulturkampfes handelt, sondern als ob derselbe Kulturkampf, den man als abgetan betrachten muß, wieder auslebte. Jeder naive Mensch, der diesen Waldmichel gelesen hat, konnte nicht annehmen, daß der Herr Kollege Schofer an einen neuen Kulturkampf in dem Sinne denkt, wie er das darlegt, sondern er mußte daraus entnehmen: Wenn Ihr nicht dem Zentrum die Stimme gebt, Ihr Katholiken, dann habt Ihr wieder all das zu riskieren und in Kauf zu nehmen, was dieser vergangene Kulturkampf an wirklichen oder vermeintlichen Schädigungen Euch und unserm katholischen Glaubensleben zugefügt hat.

Nun hat auch der Herr Kollege Schofer gemeint, wir stehen mitten in einem neuen Kulturkampf. Es ist außerordentlich verlockend, ihm auf diesem Gebiete zu folgen. Aber ich darf es nicht an dieser Stelle. Nur das eine: man versteht unter einem Kulturkampf im schlimmsten Sinne, daß mit mechanischen Mitteln der Polizeigewalt in das religiöse, in das konfessionelle Leben eingegriffen wird. Wenn es sich lediglich darum handelt, daß Weltanschauung gegen Weltanschauung kämpft, und Sie wollen das dann einen Kulturkampf nennen, so habe ich nichts dagegen; aber dann sind Sie ja auch ein Kulturkämpfer (Sehr gut! links). Stellen Sie denn nicht Ihre Weltanschauung der Weltanschauung gegenüber, die dem modernen Staat zugrunde liegt? Wird Ihnen das etwa verargt, und verübelt? Wird man nun, wenn Sie das tun — und Sie tun es in Ihrer Presse, in Versammlungen und gelehrten Monographien, — Ihnen den Vorwurf machen, Sie wollten einen Kulturkampf führen, Sie würden sagen: Das ist unser gutes Recht. Und es ist auch Ihr gutes Recht. Aber was Ihnen recht ist, das ist es auch uns. Und wenn der Herr Kollege Schofer gemeint hat, er könne ein Zitat bringen aus dem Munde, glaube ich, eines politischen Gefinnungsgenossen aus Bruchsal, dahingehend: die Demokratie werde von dem Zentrum durch eine Weltanschauung getrennt, so ist das in gewissem Sinne, mit einer gewissen Einschränkung ganz richtig, aber nicht in dem Sinne, wie

es der Herr Kollege Schofer gemeint hat. Bei uns kann jeder eintreten, ob er auf einem streng konfessionellen oder auf dem Standpunkte eines Freidenkers steht. Das ist Sache seines Herzens, das ist eine Sache, die er mit sich zu verantworten hat. Das berührt die Partei als solche nicht. Dagegen stehen wir direkt auf dem Standpunkt des modernen Staates, und die Grundlage des modernen Staates ist die Denk- und Gewissensfreiheit, und diese wird von Ihnen nicht anerkannt, sondern wird systematisch bekämpft. Ich hoffe, Sie bestreiten es nicht. Wenn Sie es bestreiten, erbitte ich mich, bei jeder Gelegenheit hier in diesem Hause oder wo Sie es sonst wollen, Ihnen den Beweis dafür zu bringen, (Rufe aus dem Zentrum: Heraus damit! Nur los!) Sie wissen ja ganz gut, daß, wenn Sie sagen: Nur los damit! daß ich darauf nicht eingehen kann und nicht eingehen darf.

Präsident Dr. Wilkens: Diese Frage können wir aus Anlaß der Bonndorfer Wahl nicht ansprechen. (Zurufe.)

Abg. Muser (fortfahrend): Wir wollen die Tatsache hier konstatieren, daß die Herren vom Zentrum von mir eine Antwort darauf verlangen. Sie werden es mir also nicht verübeln, wenn ich bei passender Gelegenheit sie dann auch im Landtag gebe, und ich werde sie Ihnen geben. (Zuruf des Abg. Zehnter: Wir sind doch nicht dabei beteiligt.) Da aber der Herr Kollege Zehnter immer sagt, sie wären nicht beteiligt, so will ich doch eine Tatsache Ihnen hier vor Augen führen, an der der geehrte Herr Kollege Zehnter und seine Partei nicht vorübergehen können, denn es ist das ein gesetzgeberischer Vorstoß der Zentrumsparthei selbst. Im Jahre 1895 hat die Zentrumsparthei im Deutschen Reichstag einen Antrag eingebracht, der von der Gesetzgebung des modernen Staates, also des Staates der Denk- und Gewissensfreiheit, verlangte, daß, ich zitiere wörtlich, „mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft wird, wer öffentlich oder vor mehreren Personen oder durch Druck und Bild das Dasein Gottes und die Unsterblichkeit der Menschenseele, den religiösen oder sittlichen Charakter der Ehe oder Familie angreift oder leugnet.“ (Abg. Zehnter: Und mit dieser Partei ist der Herr Abg. Muser acht Jahre gegangen und hat sich von ihr in den Sattel heben lassen! Heiterkeit im Zentrum.)

Wenn diese Partei acht Jahre lang einen Mann, der prinzipiell auf einem andern Standpunkt steht wie sie, auf den Sattel hebt, so ist das gewiß keine Beleidigung für den, der hinaufgehoben wird, sondern wohl eher für den, der ihn hinaufgehoben hat. (Heiterkeit bei den Liberalen.)

Nun, durch diese Unterbrechung wird der Herr Kollege Zehnter mich nicht davon abhalten können, mit einem Worte den Schwerpunkt hervorzuheben, um den es sich hier handelt. Wenn man für Denk- und Gewissensfreiheit wirklich ist und sie nicht einschränken will, so hat man wohl das Recht, einen Menschen, der das Dasein Gottes usw. leugnet, zu belehren, man kann versuchen, ihn zu bekehren. Aber man darf ihn nicht strafen; denn wenn es eine Denk- und Gewissensfreiheit gibt, wenn sie nicht bloß eine Formel, eine widerliche Farce und eine wirkliche Unwahrheit ist, so muß jedem erlaubt sein, nach ernstem wissenschaftlichem Streben, nach ernstlichem Ringen seine Ueberzeugung zu bilden, und dieses Ringen nach Wahrheit, ist viel viel schwerer und schmerzvoller als das blinde Glauben ohne weiteres. Wenn ein solcher Mann zur Ueberzeugung kommt muß er sie auch aussprechen dürfen, und wenn er sie objektiv, leidenschaftslos als

seine innere aus tiefster Seele quellende Ueberzeugung ausspricht, dann kommen Sie und sagen: „Wir sind tolerant und Freunde der Gewissensfreiheit; ins Gefängnis mit dem Mann!“ Und der Staat soll sich dazu hergeben und den Büttel spielen. Dies genügt zur Kennzeichnung des Standpunktes, den Sie einnehmen, zur Bekräftigung der Art und Weise, wie es in Wahrheit mit der Denk- und Gewissensfreiheit steht, von der Sie sprechen. Ich beschränke mich an dieser Stelle auf das Gesagte. Das weitere wird später erledigt.

Was die Bonndorfer Frage anbelangt, so glaube ich, sind wir, wenigstens auf dieser Seite des Hauses, übereinstimmend der Meinung, daß wenn jemals eine Wahl vom Standpunkte des Rechts und der Gerechtigkeit zu fassen war, es diese ist; und in der Festhaltung dieses Standpunktes, zur Wahrung der Würde der Volksvertreter und zum Wohl unseres Vaterlandes werden wir diese Wahl, ohne weitere Erhebung zuzulassen, für ungültig erklären.

Abg. Re b m a n n: Ich habe mich gewundert, daß die Herren Abgg. Kopf und Schofer sich heute schon verausgabt haben in einer Frage, die demnächst das Haus noch beschäftigen wird, wobei Gelegenheit gegeben sein wird, das Material in ausgedehnter Weise zur Besprechung zu bringen. Ich werde ihnen auf diesem Wege nicht folgen, aber ich kann doch eine Bemerkung nicht unterlassen: In dem, was die beiden Herren an tatsächlichem Material vorgeführt haben, haben sie wieder ein ganz typisches Beispiel ihrer Kampfesweise geliefert. Sie haben, und ich muß es zu meiner Ueberraschung sagen, ein außerordentlich ärmliches und kümmerliches Material beigebracht. Es waren ein paar Aeußerungen von Außen-seitern. Diese haben sie ohne weiteres hingestellt als Meinung der ausschlaggebenden Männer der ganzen Partei. Ich muß das auf das Bestimmteste zurückweisen; ich möchte auch einen prinzipiellen Unterschied machen zwischen unserer Presse oder der Zentrums Presse. Wir haben unsere Presse nicht so in der Hand wie das Zentrum. Dort ist eine geschlossene einheitliche Presse, welche von einheitlichen Anschauungen ausgeht, und der ihre Ziele fest und bestimmt vorgezeichnet sind. Bei uns ist eine viel größere Freiheit vorhanden. Daher ist die Aufgabe, uns gegenüber Material zu sammeln, viel leichter. Von den Männern, die sich sozusagen am Rande unseres Gebiets bewegen, wird man mit Leichtigkeit Material aufreiben und uns gegenüber ins Feld führen können.

Ich wende mich zu den Aeußerungen des Herrn Abg. Schofer über das „Bauernbüchchen“. Er hat meine richtige Meinung über diese Sachen offenbar ganz richtig erkannt; er hat sie aber in einer Weise hingestellt, die ich doch nicht un widersprochen durchgehen lassen kann. Er hat durchblicken lassen, daß mir doch vielleicht eine Mißachtung des Standes, aus dem die Geistlichen zum großen Teil hervorgehen, mitunterlaufen sein könnte. Ich möchte mich dagegen auf das Entschiedenste verwahren. Ich kann etwas Derartiges gar nicht gedacht haben. Ich habe schon bei verschiedenen Gelegenheiten meiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß gerade der Bauernstand das große Reservoir an Gesundheit, an Leiblicher und geistiger Kraft ist, aus dem unser Volk sich immer und immer wieder erneuert. Ich kann das um so mehr sagen, als auch meine Wiege nicht in einem Palast gestanden hat; niemals habe ich daraus ein Gehl gemacht; solcher Aeußerungen bin ich nicht fähig.

Was nun gesagt wurde über die Erziehung des Klerus, so muß ich zugeben, daß Herr Schofer im einzelnen die größere Sachkenntnis vor mir voraus hat und

ich glaube ihm aufs Wort, daß im Konvikt und Seminar besondere Unterrichtsstunden über politische Fragen und über die Erziehung des Klerus zur politischen Tätigkeit nicht gehalten werden. Das habe ich auch gar nicht sagen wollen. Aber daß die ganze Erziehung des Klerus eine politische Spitze hat, das kann heutzutage kein Mensch mehr in Abrede stellen, ebensowenig, daß es den katholischen Geistlichen vom ersten Augenblick an zur Pflicht gemacht wird, für die Interessen seiner Kirche nach allen Seiten sich einzusetzen, und daß er darauf hingewiesen wird, ein wie wesentlicher Teil dieser kirchlichen Interessen auf politischem Gebiet liegt.

Deswegen halte ich alles, was ich gesagt habe, vollständig aufrecht. Wenn der Herr Abg. Schofer nun erklärt hat, daß gerade die Erziehung und geistige Ausbildung des Pfarrers Gaijert niemals hat das ahnen lassen, was er getan hat, und daß sein Verhalten in dieser Frage für seine Freunde absolut unverständlich sei, so möchte ich ihn bitten, sich einmal auf unseren Standpunkt zu begeben und von außen her diese ganze Erziehung des Klerus sich anzusehen und sich zu fragen, ob es nicht doch möglich ist, daß aus einer solchen Erziehung sich solche Früchte ergeben können, nicht müssen. Daß ferner der Pfarrer Gaijert ein solches Muster von Bescheidenheit und Demut gewesen sein soll (Zuruf Schofer: Habe ich nicht gesagt!), das muß ich aufs bestimmteste bestreiten. Wenn das nicht gesagt ist, will ich mich anders ausdrücken. Zur Demut und Bescheidenheit sucht nicht nur die Kirche zu erziehen, sondern das tut jedermann, der an das Erziehungswesen herangeht. Ein anderes ist, wie die Erziehung auf den einzelnen wirkt und wie sich die Früchte der Erziehung zeigen, und da gebe ich ohne weiteres dem Herrn Abg. Schofer zu, daß nicht alle Früchte so sind, wie es die Erzieher wollen, aber daß die Erziehung zur Bescheidenheit und Demut im vorliegenden Falle ihre Wirkung verfehlt hat, weiß ich auf das Bestimmteste, und alle diejenigen Herren, die in den Wahlkämpfen oder sonst mit dem Pfarrer Gaijert zu tun gehabt haben, die versichern auf das bestimmteste das Gegenteil und auf diese Mitteilungen habe ich mein Urteil über den Pfarrer Gaijert ausgesprochen, das zu korrigieren ich keinerlei Veranlassung habe.

Wenn dann der Herr Abg. Schofer sich noch zu der Frage des Kulturkampfes geäußert hat und auch wieder einige durchaus belanglose Stimmen darüber angeführt hat, daß wir mitten in einem Kulturkampf darin stehen, so ist das unverständlich für jemand, der mit offenem Auge die Zustände und Verhältnisse und Vorgänge im heutigen politischen Leben überblickt. Wenn gar noch uns zugeschoben wird, wir hätten diesen Kulturkampf wieder entzündet, so ist das geradezu unverständlich, wenn man sieht — und das muß man sehen, wenn man mit offenen Augen die Sachen betrachtet — wie der Gesamt-liberalismus, die ganze Idee des Liberalismus, augenblicklich in einer rückflutenden Welle begriffen ist, wie die liberalen Parteien im ganzen Reiche durchaus auf die Defensiv zurückgedrängt worden sind. Ich habe aus den Worten des Herrn Abg. Schofer nicht die Tatsache herausgehört, sondern bloß den heißen Wunsch, daß es wieder zu einem solchen Kulturkampf kommen möge. (Widerspruch und Oh! beim Zentrum), daß wieder Jahre kommen mögen, die dem Herrn Schofer so viel Material zu seinen Arbeiten liefern würden, wie die Jahre des Kulturkampfes ihm geliefert haben.

Und nun noch einige Worte zu dem, was der Herr Abg. Kopf uns gesagt hat. Er hat die Tätigkeit, besonders die Wahlthätigkeit der Geistlichen in lebhaften Worten in Schutz genommen. Ich muß aber sagen, daß ich

in dieser Frage den Herrn Abg. Kopf als Autorität nicht anerkennen kann. Der Herr Abg. Kopf hat diese Wahl-tätigkeit bis jetzt nur von der Sonnenseite kennen ge-lernt. Ich möchte ihm, nachdem er uns in freundlicher und liebenswürdiger Weise eingeladen hat, uns dem Zentrum anzuschließen, eine ähnliche Einladung aus-sprechen, nämlich, daß er sich einmal — und ich darf ihm versichern, er wird dann bei uns willkommen sein — als liberalen Kandidaten aufstellen läßt einem Zentrums-mann gegenüber. Erst dann, wenn er das Martyrium einer solchen Kandidatur über sich hat ergehen lassen müssen, erst dann kann er über die Sache reden, und wenn ihm endlich noch das Schicksal zuteil wird, daß er etwa in diesem Wahlkampf durchfällt, so kann er nachher noch einen Einblick in die abgrundtiefe Vornehmheit der Gesinnung der gegnerischen Presse tun, die mit einem ungewöhnlichen Ekelmut hinter dem geschlagenen Feind herzieht. Solche Erfahrungen gehören dazu, um diese Sache vollständig und in allen ihren Teilen beurteilen zu können.

Er hat sich dann auch ausgelassen über die Frage der Beteiligung der Beamten an der politischen Agitation, und er hat sich dort auf denselben Standpunkt ge-stellt, wie ich auch. Ich möchte ihm aber doch daran er-innern, daß seine Partei ihm hier nicht folgt, wenigstens nicht in der Praxis gefolgt ist. Ich kann da auch wieder aus meinen eigenen Erlebnissen er-zählen und zwar aus dem Wahlkampf im zweiten badi-schen Wahlkreis, wo ich selbst Kandidat war. Da ist in Hunderten von Zeitungszählern und aberhunderten von Zentrumsversammlungen immer wieder der Refrain erklingen: Wir wollen keinen Beamten haben, wir wollen einen Bauer haben. Wir sehen also, daß Theorie und Praxis auch im Zentrum nicht immer vollständig zu-sammenstimmen. Wenn er nun endlich sich mit sehr leb-haften Worten gegen eine Aeußerung von mir gewandt hat, die angeblich gelautet haben soll: Die Geistli-chen würden gegen ihre Ueberzeugung von ihren Oberen zur Teilnahme am politischen Leben genötigt, so hat er sich zunächst hierin etwas verhört. Ich habe diese Aeußerung getan im Zusammenhang mit meinen Aus-sführungen über die gesamte Erziehung des Klerus, und habe daran anschließend gesagt, daß die Geistlichen von ihren Oberen veranlaßt werden — ich will auch das rektifizieren und sagen, nicht in direkter Weise veranlaßt werden, aber in der Art und Weise, wie wir es alle wissen, durch die Aeußerungen des Bischofs usw. — veranlaßt werden, sich am politischen Leben zu beteiligen, ganz ab-gesehen davon, ob sie ihrer eigenen Ueberzeugung nach dazu geeignet sind oder nicht.

In diesem Zusammenhang war die ganze Aeußerung gedacht und sie konnte gar nicht anders gedacht sein bei der Art und Weise, wie ich selbst persönlich über meine eigene politische Ueberzeugung und über die der Gegner denke. Ich verlange für mich das absolute Recht meiner Meinung und verlange auch vom Gegner die ab-solute Achtung meiner Ueberzeugung. Ich bin auch jeden Augenblick bereit, meinem Gegner genau daselbe zuzu-billigen, was ich von ihm erwarte. Ich habe allenthalben, wo ich in der Öffentlichkeit noch aufgetreten bin, daraus kein Hehl gemacht, daß wir in unseren gegenseitigen Kämpfen das Niveau so hoch als möglich schrauben soll-ten und mühten, hinsichtlich der gegenseitigen Achtung unserer Ueberzeugung. Daß da und dort dagegen gefehlt worden ist, das wird niemand in Abrede stellen wollen, und daß, wenn man das nicht tut, wir auf eine Tiefe des Tons im politischen Streit herunterkommen, die nach allen Seiten unerwünscht ist, das ist ohne weiteres klar.

Also ich habe meine Aeußerung hierüber nicht in dem Sinne gemacht, in dem sie der Herr Abg. Kopf ausgespro-chen hat.

Er hat es sich aber dann nicht versagen können, nachdem er diesen schweren Angriff auf mich gerichtet hat, unmit-telbar hinterher sich liebevoll der Oberamtämänner anzu-nehmen. Zu einem Teil hat ihm der Herr Minister schon die Antwort darauf gegeben, zu einem Teil aber, so viel ich mich erinnere, noch nicht. Er hat die Amtmänner be-schuldigt, daß ihre Arbeit zum Teil eine Schule der Cha-rakterlosigkeit sei, und hat ihnen damit einen ganz außer-ordentlich schweren und geradezu beschimpfenden Vorwurf gemacht. Ich will mich einer weiteren Ausführung dar-über enthalten und nur im Hinblick auf das eben unmit-telbar Vorhergegangene den Herrn Abg. Kopf daran er-innern: Wer in einem Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. (Beifall.)

Abg. Fehrenbach: Es ist nicht mehr die Bonndorfer Wahl, die zur Diskussion steht, sondern es sind ganz andere Angelegenheiten. Speziell der Herr Abg. Muser hat wiederholt versichert, daß er über all diese Sachen kurz hinweggehen werde, weil ja bei anderem Anlasse doch noch darüber geredet werde. Ich will das auch tun und hoffe, mein Versprechen zu halten.

Von der Wahl selbst sage ich nur das folgende: Wie kann man nur einem Juristen zuzunuten, in diesem Falle auf die Beeidigung der maßgebenden Zeugen zu ver-zichten, einem Juristen, der gewohnt ist, nach Maßgabe der Straf- oder Zivilprozessordnung an die Beweis-würdigung heranzutreten! Und wenn wir Juristen der Fraktion mit ihr der Meinung sind, es liege hier kein Anlaß vor, von dem abzugehen, was auf juristischem Gebiet immer Uebung zu sein pflegt, so haben wir doch wohl alle Gründe für uns.

Ich wende mich zuerst mit einem kurzen Wort an den Herrn Kollegen Rebmann. Er ist über die Behandlung, die ihm, als er Reichstagskandidat im zweiten Reichs-tagswahlkreis war, zu teil geworden ist, außerordentlich warm geworden. Ich verstehe das. Aber von einem Mann von seiner Bildung und von seiner Stellung könnte man ein objektives Urteil darüber verlangen, was auf seiner Parteiseite gesündigt worden ist. Gerade in dieser Beziehung kann ich dem Kollegen Rebmann sagen, er ist gegenüber seinem Gegenkandidaten außerordentlich glimpflich aus diesem Wahlkampf hervorgegangen. (Sehr richtig!) Am Abend vor der Wahl habe ich mit dem Kandidaten Duffner droben in Furtwangen eine Wahl-versammlung abgehalten; wir haben uns dort, ich glaube zwei Stunden lang, mit den Führern der nationalliberalen Partei herumgestritten, wobei es sich nur um persönliche Vorwürfe, um unerwiesene, seitdem durch Strafurteil zurückgewiesene Verdächtigungen gegen den damaligen Zentrumskandidaten Duffner ge-handelt hat; und wie es in jener Versammlung gegangen ist, so ist es unseren Kandidaten gegenüber in einer ganzen Reihe von Versammlungen gemacht worden. Und wie ist z. B. in früheren Zeiten die Kandidatur Schüler behandelt worden? Ich bin vollständig mit ihm einver-standen, daß unter den Parteien des Landes die Uebung der Sachlichkeit Platz greife. Aber es ist nicht recht, sich selber in das Sonnenlicht zu stellen und nur auf die Gegenseite allen Schatten zu werfen, wenn so viele, so tiefe Schatten auch auf der eigenen Seite sind. (Sehr richtig!)

Wenn er dann noch auf den Kummer hingewiesen hat, der nach der Wahl ihm zugesügt worden sei — ja mit gewissen Menschlichkeiten muß man rechnen! Aber solche

Menschlichkeiten sind, glaube ich, nicht bloß in der Zentrumspresse, sondern auch in der nationalliberalen Presse vorgekommen (Sehr richtig!) und ich glaube, die „Straßburger Post“ war es, die den allerschwersten, den allerschmerzlichsten Pfeil abgeschossen hat, indem sie von der Auswahl des Kandidaten sprach. Also auch in der Beziehung nicht vor unserer Lüre kehren, sondern vor der eigenen!

Der Herr Kollege Musser kam auf den Wahlerlaß des Zentralkomitees zu sprechen; er hat gesagt, daß davon später noch die Rede sein werde. Der Herr Kollege Kopf hat angenommen, daß ich heute schon Gelegenheit nehmen werde, darauf zu kommen. Ich habe das nun nicht vor: Ich glaube, diese Geschichten brauchen wir nicht alle zweimal zu debattieren, ich verschiebe es bis zu jenem Anlaß. Heute habe ich nur nötig zu sagen: Man redet immer nur von diesem Wahlerlaß — man redet aber nicht von der Korrektur, die er durch seinen eigenen Verfasser erfahren hat, und die Objektivität würde es erfordern, das auch hier auszusprechen.

Der Herr Kollege Musser hat dann von dem Kellerschen Gebetbuch gesprochen. Nachdem dieses von dem Abg. Müller-Meinungen im Reichstag und bayerischen Landtag behandelt worden ist, war zu erwarten, daß das auch im bairischen Landtag eine Rolle spielen werde. Für den ist auch eine zum drittenmal ausgewärmte Suppe immer noch gut genug! (Zuruf des Abg. Süßkind: Es steht eben bis zur Stunde noch nicht auf dem Index! (Heiterkeit.) Auf dem Index steht es allerdings noch nicht! Was für freiheitliche Ansprüche der Herr Kollege Süßkind auf einmal erhebt! Von seiner Partei darf natürlich nichts auf den Index kommen, aber sonst wäre er ganz gut, wenn man eben nur solche Kellersche Gebetbücher darauf setzen würde! Das ist die Freiheit, die Sie meinen, Herr Süßkind. (Zuruf des Abg. Süßkind.) Es ist immer unangenehm, wenn einzelne Personen hereingezogen werden, man desavouiert sie auch nicht übermäßig gern, das geht den Herren drüben bezüglich ihrer eigenen Person auch so. (Zuruf des Abg. Süßkind.) Ja, wenn der Herr Abg. Süßkind für diese Menschlichkeitsrückficht kein Verständnis hat, so glaube ich, möchte er vielleicht eine singuläre Erscheinung auf diesem Gebiete sein.

Also mit dem Dr. Josef Anton Keller — es ist kein theologischer Doktor, er hat seinen Doktor nicht bei einer theologischen Fakultät geholt, sondern bei einer naturwissenschaftlichen, — in Jena (Heiterkeit) wird hier nicht operiert werden können.

Und was es mit der Druckerlaubnis ist — ich meine, das muß, nachdem doch einmal dieses Gebetbuch ständig eine Rolle spielt, eben auch einmal gesagt werden, wenn einem auch die Person leid tut; in Freiburg, glaube ich, bekommt der Herr Pfarrer Keller keine Oberhirtliche Genehmigung für sein Druckwerk; er ist nach Revelaar gegangen. Mit dem Imprimatur ist aber bekanntlich gar nichts gesagt, als daß in dem betr. Buch nichts gegen das Dogma und nichts gegen die Sitten Verstößendes enthalten sei. Jrgend eine obrigkeitliche Empfehlung ist damit gar nicht ausgedrückt. Was Herr Musser dann noch von der zweiten Seite vorgelesen hat, die Kennomage des Verlegers mit dem päpstlichen Segen, so sind das eben Reklameerscheinungen, die auch bei uns vorkommen, die wir aber bedauern.

Dann ist man noch auf die Umsturzvorlage vom Jahre 1895 gekommen. Das hat man nun durchaus einseitig dargestellt: durch diesen Gesetzentwurf der Reichsregierung sollte das zu Grabe getragene Sozialistengesetz in anderer Form gegenüber den unteren Kreisen eine Art Auferstehung feiern; dem gegenüber haben gewisse Kreise:

des Zentrums gesagt: an dem Umsturz von unten anzufangen, das ist eine innere Ungerechtigkeit; wenn gegen den Umsturz von Reichswegen vorgegangen werden soll, dann soll er auch oben gepackt werden — und im Verfolg dieser Anschauung sind solche gesetzgeberische Versuche von der einen und von der anderen Seite gemacht worden. Schließlich sind sie aber in nichts zerfallen. Was das anlangt, inwieweit die Denk- und Gewissensfreiheit dadurch getroffen werden sollte, so kann ich für meine Person und für meine Fraktion ruhig erklären, daß wir es nicht bedauern, wenn eine solche gesetzgeberische Tat nicht zustande gekommen ist. (Sehr richtig!)

Der Herr Abg. Musser hat die Debatte in dem Rahmen, in dem sie sich weitergesponnen hat, eröffnet. Der hier zutage getretene Geist ist das Ferment nicht bloß zwischen dem Bloß, sondern auch zwischen dem Bloß und der Sozialdemokratie. Und daß dafür gerade der Herr Kollege Musser als der geeignetste Festredner anzusehen sei, das habe ich für meine Person nie bezweifelt. Es ist ihm aber schon gesagt worden, ob er denn dafür gar kein Empfinden habe, wie schön und schicklich sich das ausnimmt, wenn er sich sagen muß: So und so lang habe ich von den Leuten gelebt und jetzt behandle ich sie so: „Für gute Herberg Tag und Nacht, sei dir ein Vereat gebracht!“ (Heiterkeit.) Dieses Wort aus dem Handwerksburschenlied hat, wie es scheint, jetzt Herr Musser befolgt. Archibald Douglas sagt in der Löwischen Ballade: „Ich habe es ertragen sieben Jahre, ich ertrage es länger nicht mehr.“ Und Herr Kollege Musser hat es ertragen 15 Jahre, aber jetzt erträgt er es länger nicht mehr. (Heiterkeit.)

Ich will hoffen, daß der Herr Kollege Musser noch recht lange der politischen Tätigkeit sich widmet. Zweifellos wird ihm in späteren Jahren in Offenburg ein Denkmal errichtet werden, denn er ist eine Offenburger Marität. Dies Denkmal wird aber einen Januskopf darstellen müssen, und auf dem Sockel wird stehen: „Dem großen Volksmann Oskar Musser“ und auf der einen Seite: „Demokratischer Abgeordneter von 1890—1905 von Zentrumsgründen“, und auf der andern Seite: „Demokratischer Abgeordneter von 1905 bis — ich will sagen — 1920 von nationalliberal-sozialdemokratischen Gründen.“ Es würde ein sehr interessantes Denkmal, eine Sehenswürdigkeit für Offenburg geben. (Heiterkeit.)

Der Herr Kollege Nebmann ist dann auf eine Würdigung des Alerus und seiner Erziehung eingegangen. Darüber sind wir uns auch klar, daß es keine bessere Erziehung gäbe, als in einem tüchtigen Elternhaus, in einer guten Familie. Da dies aber nicht möglich ist für alle, die den gelehrten Studien sich widmen wollen, ist die Erziehung in gut geleiteten Anstalten doch immer noch besser als wie die Unterkunft in irgend einer ärmlichen Dachstube, wo ganz schlimme Gefahren unter Umständen vorliegen können. Und wenn hier von einer Abkapselung gesprochen worden ist, so ist das in dem Umfang, wie sie behauptet wurde, nicht richtig. In der Kindheit verkehr er mit seinen Gespielen, auf dem Gymnasium mit seinen Mitschülern wie jeder andere. Wenn wir von Abkapselung reden wollen, dann müssen wir auf das Militär verweisen; dort ist sie vorhanden — und die militärischen Leistungen geben dieser Art der Erziehung nicht Unrecht — auch im späteren Leben und in viel höherem Maße als bei den Geistlichen. Wenn der Geistliche einmal im Amt steht, ist von einem Abschluß gar keine Rede mehr, dort hat er Fühlung mit allen Kreisen der Bevölkerung.

Der Herr Kollege Nebmann hat sich nicht recht klar ausgedrückt, ob er eine Anweisung der kirchlichen Oberen

gegenüber den Geistlichen in bezug auf die politische Tätigkeit annimmt. Jedenfalls hat der Herr Minister in dieser Beziehung eine indirekte Andeutung gemacht, wie wenn er hier gegenüber den Beamten doch viel korrekter wäre, als man es sonst sei; er würde immer das Geeignete zu tun wissen. Es ist aber bereits darauf hingewiesen, daß von den kirchlichen Obern in politischer Beziehung auch nicht die mindeste Weisung ergeht. Es sind genug Geistliche da, die darüber Auskunft geben können, daß davon durchaus nicht die Rede sein kann.

Wenn aber dann Herr Kollege Rebmann noch darauf hinaus wollte, die Geistlichen in ihrer politischen Tätigkeit deshalb einzuschränken, weil sie einen ganzen Stand darstellen, dann kämen wir denn doch zu recht schönen Zuständen. Wir reklamieren für den Geistlichen wie für jeden anderen auch — nicht mehr und nicht weniger —, aber das gleiche Maß politischen Rechts. Wir bedauern es, wenn von dem einen oder dem andern über die Schnur gehauen wird, oder wenn konfessionelle Gesichtspunkte unnötigerweise hereingebracht werden. Aber dieses Bedauern müßte Ihrerseits auch Platz greifen. Hier im badischen Lande ist gerade Ihrerseits durch den Appell an den konfessionellen Fanatismus auf die Wähler einzuwirken versucht worden bei Protestanten gegenüber Zentrumsandidaten. Wenn Sie also eine Beschuldigung gegen uns erheben wegen Betonung einseitiger konfessioneller Gesichtspunkte, dann müßten Sie diese auch gegen sich selbst erheben.

Es ist, glaube ich, von unserem früheren Kollegen Fiezer — es ist jedenfalls später in verschiedenen Versammlungen darauf hingewiesen worden — behauptet worden, daß besonders unsere Beamten sich zu sehr von der politischen Tätigkeit zurückgezogen hätten, und es ist Ihrerseits Gewicht darauf gelegt worden, daß die Beamten sich wieder mehr an der politischen Agitation beteiligen. Dazu sind ja auch die jungliberalen Organisationen geschaffen worden. Glauben Sie denn, daß da der Geistliche sich wird nehmen lassen, auch seinerseits politische Tätigkeit zu entfalten? Und dann: Wenn die Geistlichen ihre politische Tätigkeit zu Ihren Gunsten entfalten würden, würden Sie dies ruhig annehmen. Als man seinerzeit bei den Septennatswahlen sich auf Papst Leo XIII. berufen konnte, da hat man ihn in allen Wahlversammlungen zitiert, man hat sich nicht geniert, mit ihm politische Geschäfte zu machen. Es ist einem guten Meßkircher Katholiken schwer genug gefallen, als in einer Wahlversammlung draußen auf einem Dorf des Meßkircher Bezirks in heller Begeisterung über die Wahlhilfe des Papstes der Lehrer ein Hoch auf Papst Leo XIII. ausbrachte, nun auch mitzutun. (Seiterkeit.) Und die Tätigkeit der evangelischen Geistlichkeit, soweit sie für Sie Platz greift, nehmen Sie gewiß auch dankbar an.

Sie werden uns über das, was unsere Pflicht ist in der Gegenwart — namentlich mit Rücksicht auf das, was in der Zukunft bevorsteht — nicht belehren können, Sie sollten uns darüber auch nicht belehren wollen. Wir sind so frei, unsere eigenen Augen offen zu halten, und wir sind so frei, die Erscheinungen des öffentlichen Lebens unter dem Gesichtswinkel des Wohles für das Vaterland und des Wohles für die Kirche ins Auge zu fassen. Und von diesem Gesichtswinkel aus erblicken wir eine ganze Anzahl von Erscheinungen, die es als ein Verbrechen erscheinen lassen, wenn wir unsererseits nicht auf der Wacht wären. (Bravorufe im Zentrum.) Die Gesamtverhältnisse, wie sie sich jetzt darbieten, weisen uns darauf hin, unser Pulver trocken zu halten. Sie werden es nicht erleben, daß wir uns erst wieder sammeln müssen, wenn die Schlacht bereits begonnen hat. Wir haben von der

Vergangenheit so viel gelernt, daß wir Schützenlinien hinausgehen lassen, und daß wir unser Gros zusammenhalten für den Kampf, der uns bevorsteht. (Bravo! im Zentrum.)

Sie werden uns auch nicht auseinandertreiben mit allen Ihren Angriffen und ich hoffe, Sie werden auch die katholische Geistlichkeit nicht von Ihrer Stellung abspenstig machen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Die Forderung ist allerdings, das gebe ich zu, berechtigt, daß Beamte und Geistliche mit einer gewissen Zurückhaltung und jedenfalls unanfechtbar in der Form ihre politische Tätigkeit ausüben sollen, und was an uns liegt, so soll in der Sache das Geeignete geschehen. Aber im übrigen müßte die katholische Geistlichkeit wahrhaftig mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie sich jetzt ihrer politischen Rechte entäußern, wenn sie jetzt nicht an den öffentlichen Angelegenheiten teilnehmen würde. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Was erwarten Sie denn von unseren Wählern? Glauben Sie denn, wenn wir sie nicht zusammenhalten würden, würden sie Nationalliberale oder Demokraten werden? Mit der Demokratie haben wir unsere eigentümlichen Erfahrungen gemacht — wir werden ja darüber noch des näheren zu reden haben —, da werden unsere Wähler sich dafür bedanken. Und die Erfahrungen, die man im letzten Landtag mit der nationalliberalen Partei gemacht hat, sind doch derart, daß man nicht erwarten kann, daß wir uns von der politischen Tätigkeit zurückziehen.

Eine politische Partei sind wir, mag dagegen gesagt werden, was man will, und wir sind stolz darauf, in der gegenwärtigen Lage, sowohl im Reiche wie in unserem Lande, eine wahrhaft politische Partei zu sein. Ich will darauf nicht des näheren eingehen, aber die Ueberzeugung können Sie uns nicht rauben, daß unsere Zentrumsparlei im Reiche an der öffentlichen Gestaltung unserer Verhältnisse in rechtlicher, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung einen großen, einen wesentlichen Anteil genommen hat, und daß an der glücklichen Gestaltung unserer Verhältnisse wir eben auch unseren parlamentarischen Anteil beanspruchen. (Bravo! im Zentrum.)

Wer kann, im Reiche wie im Lande, uns mit Recht den Vorwurf machen, daß wir, die Zentrumsparlei, in irgend einer Form den Bedürfnissen des Staates nicht gerecht werden, daß wir nur vom konfessionellen Gesichtspunkt aus die öffentlichen Angelegenheiten behandeln würden? Wenn in bezug auf die Interessen des Staates die Großh. Regierung auf die Unterstützung der Sozialdemokraten angewiesen wäre und nicht auf unsere, dann weiß ich nicht, mit welchen Mitteln die Großh. Regierung weiter regieren wollte. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Wenn wir uns einmal in Würdigung der Gegnerschaft zu einem Radeakt aufschwingen und mit den Sozialdemokraten dem Staat die Mittel verweigern wollten, was würde daraus werden? Es ist uns im Traume noch nicht eingefallen, aber ich denke, die Worte, die von sozialdemokratischer Seite gestern und heute gesprochen worden sind, sollten denn doch auch Sie (zu den Liberalen gewendet) trotz des Wahlbündnisses einigermaßen stutzig machen. Wenn der Herr Kollege Kolb auch versichert, „wir haben die Revolution noch nie gepredigt“, — er ist darin bekanntlich keine Autorität im sozialdemokratischen Lager, er ist Revisionist, und in Berlin sind Herren, die sind viel, viel größer wie er — (lebhaftes Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) so sticht doch die Sprache in Jena von der eines Herrn Kolb ganz wesentlich ab. Die Herren Kollegen Eichhorn und Kolb haben in rührenden Tönen

an Sie appelliert, haben Ihnen das Ideal des Zukunftsstaates nach sozialdemokratischem Sinne, wenigstens in kultureller Beziehung, vorgeführt, sie haben Sie eingeladen, endlich einmal reinen Tisch zu machen, die Trennung von Staat und Kirche durchzuführen und aus der Schule jeglichen Einfluß der Kirche zu entfernen. Bei den zunächst Sitzenden hat die Sozialdemokratie wirksame Unterstützung gefunden, (Rufe von Seiten der Demokraten: Schon viel früher!) oder meinetwegen sind Sie schon viel früher auf diesem Standpunkt gestanden. Aber die Wahlverbrüderung mit der Sozialdemokratie wird auch die Herren Nationalliberalen infizieren. (Lebhafte Geisterheit bei den Nationalliberalen.)

Ich rechne im gegenteiligen Sinne noch auf eine Anzahl von Ihnen, wenigstens soweit ich einige von Ihnen im letzten Landtag in der Schulkommission kennen gelernt habe, sofern Sie jetzt nicht gegenteiliger Meinung geworden sind. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Kollege Frühaufer wartet schon auf die jüngere Generation. (Zwischenrufe.) Das haben zweifellos manche von Ihnen mit einem gewissen inneren Schmerze empfunden in einer Zeit, wo die Sozialdemokratie so vorwärts strebt. (Rufe seitens eines Sozialdemokraten: Wir sind von Ihnen her eingeschickt.)

Präsident Dr. Wilkens bittet dringend, keine weiteren Zwischenrufe zu machen.

Abg. Fehrenbach (fortfahrend): Wir sind stolz darauf, die von der Sozialdemokratie bestgehaßte Partei zu sein, und zwar sind wir es deswegen, weil die Sozialdemokratie bisher erfahren hat, daß an unseren Mauern ihre Scharen doch immer noch abprallen. (Rufe: Hört! Hört! Lachen bei den Sozialdemokraten.) Vor Ihnen (zu der anderen Seite des Hauses) scheinen sie diese Furcht nicht mehr zu haben. (Zwischenrufe seitens der Sozialdemokraten: Vergarbeiterfreit!, darüber werden wir auch noch miteinander reden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Es soll mich freuen, wenn Sie (wieder zur anderen Seite) trotz der Wahlverbrüderung diesen Aspirationen einen gewissen Widerstand entgegenzusetzen imstande sein werden, aber Sie können uns nicht übel nehmen, wenn wir meinen, Sie haben Ihre Stellung diesen Herren gegenüber in unglaublicher Weise geschwächt. In dem Kampfe, in dem es sich um die Monarchie und um die Erhaltung des Staates handeln wird, werden wir unseren Mann stellen. Dann könnte wieder der Fall kommen, wo Sie und die Groß-Regierung es gern sehen würden — was in den Augen der Sozialdemokratie zweifellos eine politische Betätigung wäre — wenn auch von der Kanzel herunter der Pfarrer zugunsten der Monarchie predigt und auch ferner für den Monarchen sein Gebet von der Kanzel spricht! (Bravo im Zentrum, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Nach Schluß der Diskussion erhält das Schlußwort der Berichterstatter Dr. Binz: Als Berichterstatter wäre mir nahegelegt, über das Ergebnis der Verhandlungen zu referieren. Ich glaube aber, daß das zu weit führen und weder meinem Wunsche, noch den Intentionen des hohen Hauses entsprechen würde. Es ist mir aber auch als Berichterstatter erlaubt, einige besondere bemerkenswerte Gesichtspunkte aus der Debatte zu beleuchten. Was der Herr Abg. Fehrenbach zuletzt in so pathetischen Worten zum Ausdruck gebracht hat, war von derselben Tendenz durchdrungen, wie die Auslassungen der Zentrumspreßse seit Monaten, seit wir die sogenannte Blockpolitik inauguriert und das Stichwahlabkommen

mit der Sozialdemokratie getroffen haben. Das Zentrum empfiehlt sich seit dieser Zeit ganz besonders warm und lebhaft nach oben. (Sehr richtig bei den Liberalen). Es ist das nicht immer so gewesen, aber die Zentrumspolitik ist bekanntlich klug, sie weiß sich „den veränderten Verhältnissen anzubequemen“ (um nach den berühmten Mustern zu reden). (Zurufe aus dem Zentrum).

Sie werden sich erinnern, daß aus dem Munde des Führers des badischen Zentrums vor nicht gar langer Zeit mit das Wort gefallen ist: „hocherfreuliches Ereignis“, weil dank der Mithilfe (natürlich nicht der „offiziellen“) des Zentrums in der Residenz Karlsruhe ein Sozialdemokrat gewählt worden war! Die Empfindung haben wir nie gehabt, daß, als wir bei der gegebenen politischen Konstellation uns veranlaßt sahen, in einigen Bezirken die sozialdemokratischen Kandidaten zu unterstützen, deren Wahl ein hocherfreuliches Ereignis sei. Das Zentrum aber hat damals durch den Mund seines berühmten Führers seiner freudigen Stimmung über das Emporkommen der Sozialdemokratie in der Residenz den denkbar kräftigsten Ausdruck verliehen. Heute hört man von dort eine andere Melodie, deren Tendenz sehr durchsichtig ist. Ausdrücklich konstatieren muß ich, gegenüber entgegenstehenden Behauptungen, daß von einer grundsätzlichen Gegnerschaft des Liberalismus zur christlichen Weltanschauung in keiner Weise die Rede sein kann.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat geglaubt, sagen zu dürfen: wenn die Geistlichen auf unserer (liberalen) Seite ständen, wir gegen die Mitwirkung derselben an der Agitation jedenfalls nichts zu erinnern hätten. Es könnte in dieser Behauptung der Vorwurf erblickt werden, als ob wir mit zweierlei Maß messen, je nachdem es zu unserem Vorteile oder zu unserem Nachteile ist, mit zweierlei Maß auch insofern, als wir selbst bei gewissermaßen und unlauterer Agitation der Geistlichen dieselbe billigen würden, wenn sie zu unserem Vorteil wäre. Eine solche Beschuldigung müßte ich entschieden zurückweisen. Ich nehme an, daß der Herr Abg. Fehrenbach, wenn auch seine Äußerungen mindestens sehr mißverständlich waren, einen solchen Vorwurf nicht erheben wollte.

Nach meiner Erinnerung hat der Herr Minister des Innern gegenüber dem Herrn Abg. Fehrenbach die Behauptung des Abg. Kopf, die Oberamtänner seien zur politischen Charakterlosigkeit in politischen Dingen vielfach erzogen, ausdrücklich zurückgewiesen. Die Behauptung ist haltlos, ich erinnere an den Wahlprotest aus Donaueschingen, dessen Beschwerdepunkte, die dem Herrn Oberamtmann Dr. Strauß betrafen, von der Kommission bekanntlich einmütig als hinfällig erklärt wurden.

Im übrigen habe ich zur Begründung des Standpunktes der Kommission lediglich auf meinen ersten Vortrag und die Ausführungen der Redner, welche dem Antrag der Kommission zustimmten, hinzuweisen. Ich bitte Sie, dem Antrag der Kommission auf Ungültigkeitserklärung der Wahl anzunehmen.

Präsident Dr. Wilkens: Der Herr Abg. Zehnter hat namens der Antragsteller das Wort.

Abg. Zehnter: Ich möchte nur bemerken, daß der Herr Kollege Binz das allerwenigste seiner Ausführungen als Berichterstatter gesagt hat. (Abg. Dr. Binz: Das habe ich ausdrücklich erklärt.) Das ist meines Erachtens unzulässig. Derartige darf in einem Schlußwort nicht vorgetragen werden.

Präsident Dr. Wilkens: Ich muß bemerken, daß nach der seitherigen Gepflogenheit des Hauses der Bericht-

erstatter das Recht hatte, im Schlußwort auch seiner persönlichen Anschauung Ausdruck zu geben. Es ist allerdings diese Uebung des Hauses gerade vom Zentrum wiederholt bemängelt worden. Aber bis in die allerletzte Zeit herein wurde an fraglicher Uebung festgehalten. Ich bin übrigens der Anschauung, daß, wenn die Herren vom Zentrum an der Art und Weise, wie der Herr Abg. Dr. Binz das Schlußwort gehandhabt hat, eine Ausstellung zu machen haben, es das richtigste sein wird, wenn Sie einen Antrag auf Wiederaufnahme der Diskussion einbringen. Ich bin jeden Augenblick bereit, diesem Antrag auch meinerseits stattzugeben. Wir wollen nach gar keiner Richtung hin, und das Präsidium am allerwenigsten, den Anschein erwecken, als ob eine irgendwie inkorrekte Geschäftsführung Platz greifen soll. Wenn also der Wunsch geäußert wird, daß die Diskussion wieder aufgenommen wird, so hoffe ich, daß das Haus ihm keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legen wird.

Im übrigen wird die Frage, wie das Schlußwort zu handhaben ist, nach meiner Ansicht am besten einmal zum Gegenstand einer Erörterung im Seniorentenvent gemacht werden. So lange aber eine Abweichung in bezug auf die seitherige Praxis seitens des Hauses selbst nicht sanktioniert worden ist, bin ich nicht in der Lage, als Präsident von der seitherigen Uebung des Hauses ohne weiteres abzugehen.

Abg. Zehner: Ich werde keinen Antrag stellen, die Diskussion wieder anzunehmen. Was ich gesagt habe, hat nur den Zweck gehabt, dagegen Einspruch zu erheben, daß diese Praxis fortgesetzt wird. Ich habe es schon öfter getan, ich mußte es heute wieder tun und werde es auch in Zukunft tun. Ich werde auch, wenn die Situation Anlaß dazu bietet, in ähnlichem Falle den Antrag auf Wiedereröffnung der Diskussion stellen. Ich weiß nicht, wohin wir sonst mit unserer Geschäftsordnung kommen, wenn uns der Herr Berichterstatter nach Schluß der Diskussion seine persönliche Ansicht entwickelt und einen langen Vortrag hält. Dann besteht die Gefahr, daß immer von neuem die Diskussion eröffnet und verhandelt werden muß. Insofern mir das Schlußwort zu steht, beschränke ich mich darauf, in möglichster Kürze vorzutragen, was ich als Antragsteller zu sagen habe.

Präsident Dr. Wildens: Ich möchte nochmals betonen, daß die Praxis des Hauses diejenige ist, die ich vorhin gekennzeichnet habe. Ich erkläre mich aber wiederholt bereit, die Anregung, die der Herr Kollege Zehner gegeben hat, im Seniorentenvent zum Gegenstand einer grundsätzlichen Erörterung zu machen.

Abg. Zehner: Ich werde nun als Antragsteller von meiner Befugnis Gebrauch machen. Was ich zu sagen habe, ist nicht viel. In der langen zweitägigen Debatte ist sehr wenig gesagt worden, was sich auf meinen Antrag bezieht. Was hier zu sagen ist, hat eigentlich mein Kollege Fehrenbach vorhin schon ausgeführt. Wir haben einen Antrag eingebracht, die Zeugen gemäß § 73 des Landtagswahlgesetzes zu vereidigen, weil nicht eine einzige beeidigte Zeugenaussage vorliegt für die Tatsachen, die wir für erheblich halten, und wir bei der Gültigkeits- oder Ungültigkeitserklärung einer Wahl dieses Urteil nicht auf lauter unbeeidigte Zeugenaussagen gründen können. Es ist richtig von dem Herrn Kollegen Fehrenbach ausgeführt worden: Kein Gericht würde sich entschließen und kein Verteidiger würde es zulassen, daß ein Spruch abgegeben wird, wenn die Zeugen nicht beeidigt sind, es sei denn daß besondere Gründe dafür vorliegen, die in der Strafprozeßordnung angegeben sind. Ich kann nur bitten, daß Sie dem Antrage, den wir eingereicht haben, zustimmen.

Vor der Abstimmung erhält zu einer persönlichen Bemerkung das Wort:

Abg. Morgenthaler: Es hat in der gestrigen Sitzung laut des amtlichen Berichts, der uns vorliegt, der Herr Abg. Eichhorn gesagt, ich hätte in einer Wahlversammlung erklärt, daß der Pfarrer zu mir gesagt, wenn Leute am Wahltage zur Beicht kommen, frage er, (der Pfarrer) zuerst: waren Sie bei der Wahl? und wenn der betreffende das verneine, schicke er ihn fort, damit er erst zum Wählen und dann erst zur Kommunion komme.

Das ist nicht richtig, ich habe nicht mit meinem Pfarrer, noch von einem Pfarrer, noch von der Kommunion gesprochen. Meines Wissens (ich kann mich des Wortlautes nicht genau entsinnen), habe ich nur in einer Versammlung die Beichte erwähnt, in folgendem Zusammenhang:

Ich forderte die Wähler auf, von ihrem Wahlrecht auch Gebrauch zu machen. Ich mude Niemand zu, gegen seine Ueberzeugung zu wählen; man hat aber nicht allein das Recht, sondern auch die Pflicht zu wählen. Auch gehe man rechtzeitig zur Wahl und wenn einer zur Beicht gehen wolle, möge er zuerst wählen und nachher beichten. In diesem Sinne habe ich die Aeußerung gemacht.

Abg. Reiff bittet um das Wort und erklärt, daß er sich der Abstimmung enthalte.

Beider nun folgenden Abstimmung wird

1. der Antrag Zehner und Genossen (auf Beeidigung der in der Untersuchungssache gegen Pfarrer Gaiert vernommenen Zeugen) mit allen gegen 26 (Zentrum) Stimmen abgelehnt;
2. der Kommissionsantrag (auf Ungültigkeitserklärung der Wahl des Abg. Wittemann im 8. Wahlkreis) mit 34 gegen 26 (Zentrum) Stimmen angenommen.

Die beiden anwesenden Konserverativen enthielten sich jeweils der Abstimmung.

Zu Punkt 1 b der Tagesordnung führt Berichterstatter Abg. Hennig aus:

Bei der am 19. Oktober in Bruchsal stattgefundenen Hauptwahl wurde Hauptlehrer Anton Wiedemann in Bruchsal mit 1141 gegen 1027 Stimmen gewählt.

Gegen die Gültigkeit dieser Wahl sind zwei Proteste eingekommen. Die Kommission nimmt zu den einzelnen Punkten dieser Proteste auf Grund der (durch den Redner verlesenen) Erhebungen folgende Stellung ein:

Zum Protest vom 8. Dezember 1905:

1. Zunächst wird behauptet, für die Abgabe der abgestempelten Umschläge sei in keinem der Wahlbezirke eine besondere Person ernannt gewesen, vielmehr sei diese Abgabe durch ein Mitglied der Wahlkommission erfolgt.

Diesen Punkt hat das Hohe Haus bereits bei der ersten Verhandlung dieser Sache als unerheblich fallen lassen, da derselbe Verstoß auch in anderen Städten vorgekommen sei, ohne daß jene Wahlen für ungültig erklärt wurden.

2. Im vierten Wahlbezirk habe das mit der Abgabe der Umschläge beauftragte Kommissionsmitglied Karl Morlok wiederholt das Wahlgeheimnis dadurch verletzt, daß er, während Wähler sich im Isolierraum befanden, dessen Vorhang zurückzog und in den Raum hineinsah, scheinbar, um den Wählern Belehrungen über den Wahlakt zu geben.

Nach Ansicht der Kommission (3 gegen 2 Stimmen) ist dies zwar erheblich, aber nicht in dem Sinne, daß hiervon allein die Gültigkeit der Wahl abhängig sei.

3. Weiter wird bemängelt, und dies ist der wesentliche Punkt, daß im ersten Bezirk das Wahllokal so klein ge-

wesen sei, daß die Kommission unmittelbar neben dem Isolierraum saß. Da der Vorhang meist nicht geschlossen gewesen sei, hätten einzelne Mitglieder der Kommission und auch Wähler in den Isolierraum hineinschauen können.

Die Mehrheit der Kommission hat diese Bemängelungen auf Grund der Aussagen der vernommenen Zeugen als erwiesen und deshalb diesen Punkt für erheblich erklärt; sie hat sich auf den Standpunkt gestellt, es sei nicht Sache des einzelnen Wählers, den Vorhang zuzumachen, sondern der Wahlkommission, bzw. der Behörde, für einen genügend isolierten Raum zu sorgen. Die Kommission hat deshalb beschlossen, aus diesem Grunde den Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahl zu stellen.

4. Den weiteren Punkt der Bemängelungen des Wahlprotokolls, Postassistent Körner habe seinen Untergebenen die Wahl eines Gegners des Zentrums als eine Verletzung des Taufgelübdes hingestellt, hat die Kommission auf Grund der gemachten Erhebungen als unerheblich erachtet.

5. Zu der ferneren Mängel des Wahlprotokolls, daß Oberpostschaffner Ihle den unteren Postbeamten die Wahl des Zentrumskandidaten empfohlen habe, hat sich die Kommission auf den Standpunkt gestellt, daß die Sache in keiner Weise aufgeklärt sei, vielmehr die ganze Beanstandung auf einem Mißverständnis beruhen müsse; sie hat deshalb diesen Punkt für unerheblich erklärt.

6. Die weitere Behauptung des Wahlprotokolls, daß Realschuldirektor Gremelsbacher im Schülergottesdienst von der Kanzel herunter ausgeführt habe, halbe Christen seien weniger als gar nichts, und: ein halber Christ sei auch, wer die Zentrumspolitik nicht unterstütze, hat die Kommission für unerheblich erklärt, weil nach dem Ergebnis der Erhebungen Gremelsbacher bona fide gehandelt habe und eine Einwirkung in bestimmter politischer Richtung nicht nachgewiesen sei.

Der zweite Protest datiert vom 20. Dezember 1905, ist also nach der ersten Verhandlung in diesem Hause, und zwar nicht bei der Kammer, sondern beim Ministerium des Innern eingelaufen. Die Kommission hat sich zunächst mit der Frage beschäftigt, ob überhaupt ein Wahlprotokoll, der nach Eröffnung des Landtages und nachdem die Wahl schon vorher verhandelt war, einkam, noch zulässig sei. Dies wurde einerseits bestritten, andererseits hervorgehoben, daß *Z u s ä t z e* zu früheren Wahlprotokollen behandelt werden können. Der Sache wurde aber keine weitere Bedeutung beigelegt, weil die einzelnen Punkte des Protokolls teils sehr unerheblich sind (abgesehen von dem bereits oben erwähnten Fall Morlock), teils sich nach den verlesenen Zeugenaussagen nicht als richtig erwiesen haben.

Der Antrag der Kommission geht also dahin wegen Punkt 3 des ersten Protokolls die Wahl für ungültig zu erklären.

Bei der Diskussion über diesen Antrag erhält das Wort

Abg. **Fehrenbach**: Die Wahlkommission kommt zum Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahl einzig mit Rücksicht auf die Verletzung des § 47 des Wahlgesetzes. Wir sind auf Seiten unserer Partei immer der Meinung gewesen, daß man möglichst Kautelen für eine durchaus freie und unabhängige Wahlausübung schaffen solle. Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß bei den mancherlei Kautelen Verstöße gegen die Wahlvorschriften vielfach vorkommen können, und auch zu befürchten, daß d.h. andererseits bei der Fülle von Kautelen schließlich die Wahl anzufechten möglich wäre. Im gegebenen Falle handelt es sich aber um eine im Interesse der vollständig freien Ausübung der Wahl gegebene Vorschrift, und wir sind aus den bezüglichen Darlegungen zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Stadtrat von Bruchsal, der ja natürlich geglaubt hat, vollständig korrekt zu handeln, doch nicht ganz die Anstalten getroffen hat, die dem § 47 entsprechen. Deshalb werden wir auch für den Antrag der Kommission stimmen.

Abg. **Hennig**: Ich wollte nur eine Bemerkung machen. Es handelte sich bei den letzten Wahlen um die erstmalige Probe auf das allgemeine Wahlrecht, und es war anzunehmen, daß dabei nicht alles ganz richtig zugehen und gewisse Ungelegenheiten vorkommen werden. Ich hatte geglaubt, daß man davon die Gültigkeit einer Wahl nicht abhängig machen könne, sondern daß die Regierung Veranlassung nehmen solle, durch irgend eine Verordnung bei den Wahlkommissionen aufklärend zu wirken. In diesem Sinne hatte ich geglaubt, in der Kommission mich gegen die Ungültigkeit der Wahl erklären zu müssen und bleibe auch heute auf diesem meinem Standpunkt stehen.

Der Antrag der Kommission wird darauf mit allen gegen eine Stimme (des Abg. Hennig) angenommen.

Das Haus erklärt sich sodann damit einverstanden, daß in die Steuerkommission an Stelle des Abg. Süßkind der Abg. Lehmann, in die Schulkommission an Stelle des Abg. Eichhorn der Abg. Süßkind treten solle.

Schluß der Sitzung 2 Uhr 25 Min.